

# Deutsche Rundschau

## in Polen

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zl.  
mit Zusatzausgabe 4.80 zl. Bei Postbezug monatl. 4.89 zl.  
vierteljährlich 14.66 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl. Danzig  
3 zl. Deutschland 2.50 RM. Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr.  
Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch  
auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.  
Hinweis Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 gr., die einseitige  
Reklamezeile 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf.  
Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platz-  
vorschrikt u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen  
schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erreichen der An-  
zeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.  
Postleitzahlen: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 183

Bromberg, Sonnabend den 12. August 1933

57. Jahrg.

## Danzigs Beispiel.

Zur Rede des Präsidenten Dr. Rauschning  
im Danziger Volkstag.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)  
Am Anfang jeder neuen Politik steht die Theorie, an ihrem Wege stehen Richtungsfaseln des Erfolges oder Misserfolges und an ihrem Ende wartet das Urteil der Geschichte. Entscheidend für die Politik ist allein der Erfolg. Ein Misserfolg in der Politik, der zurückzuführen ist vielleicht nur auf ungeeignete Vertreter der Theorie, oder auf eine falsche Anwendung, am ungeeigneten Ort, zu einem ungünstigen Zeitpunkt belastet doch die Theorie selbst und hindert ihre praktische Auswirkung solange, bis die geeigneten Verfechter der Theorie praktisch zum Siege verhelfen, nämlich zu dem entscheidenden Erfolg in der Politik.

Nicht wer Staatstheorie doziert, hat Geibel einmal geschrieben, ein Politiker ist nur, wer im gegebenen Fall richtig das Mögliche schafft. Und damit hat er geradezu in klassischer Form gegossen, was entscheidend für den Politiker ist: im gegebenen Fall — richtig — das Mögliche (nicht nur doziern, sondern) zu schaffen! Das Mögliche ist aber sehr oft das Unmöglich-Scheinende. Darum gehört zum Wesen des Politikers auch Glauben und Mut, denn sie allein können Berge versetzen, wie es vom Glauben schon in der heiligen Schrift heißt.

Die Theorie der Völkerverständigung lag, wenn auch zunächst unbeachtet, schon in der Wiege des Völkerstreits. Sie ist aber bisher nie entscheidend durchgedrungen, hat wohl Teilerfolge im Laufe der Zeiten gehabt, ist aber noch öfter in Acht und Wahn getan worden und mit ihr ihre Verfechter, denen nicht selten die Bereitschaft zu verständnisvoller Zusammenarbeit der Völker auf der Grundlage gegenseitiger Achtung geradezu wie ein Verrat an nationalen Interessen ausgelegt wurde.

Auch in der jungen Geschichte der Freien Stadt Danzig ist das Auf und Ab der Kurve der Verständigungstheorie in den Danziger-polnischen Beziehungen schon zu verfolgen. In Danzig schien nach ihren geradezu durchschlagenden Misserfolgen die Verständigungspolitik tot, als deren Erbe nur Berge des Misstrauens erwuchsen zwischen Danzig und Polen, ein Rattenkönig von Klagen und Prozessen und ein offener Krieg mit allen Mitteln, nur nicht mit denen der Waffen. Die Verständigungspolitik von allen nationalen Parteien einschließlich der NSDAP bis vor kurzem verfertigte sich tot für Danzig und eine Wiederaufnahme kaum möglich. Da kam von Berlin Adolf Hitlers Bekennnis zum Frieden. Sein Bekennen zur Achtung vor jedem Volkstum und zur Ablehnung der Assimilation der Minderheiten, das seine Rückwirkungen auch für die Danziger Politik sichtbar werden lässt. Und Polen, das in der Vergangenheit so oft Einspruch erhoben hat gegen einen angeblichen Einfluss Berlins auf die Erledigung der Danziger Angelegenheiten, wird zum ersten Mal seit Bestehen der Freien Stadt keine Veranlassung haben und nehmen, wenn nun der Präsident der Danziger Regierung offen den Rahmen der von ihm eingeleiteten Befriedungsaktion weiterspannt, als ihn Polen noch gestern zu lassen wollte. Denn Dr. Rauschning hat unzweideutig davon gesprochen, daß „das national zu klarem Ziel wieder erstarke deutsche Volk, das auch in Danzig neue Lebensformen gestaltet, sich in wesentlichen Aufgaben der äußeren und inneren Politik mit dem jungen Polen eins wissen können wird. Erst derartige Gemeinsamkeiten aber machen Versuche selbst einfachste Verständigungslösungen möglich.“

Danzig hat eine historische Mission als Mittler zwischen Ost und West mutig wieder aufgenommen, indem es noch einmal trock aller Fehlschläge in der Vergangenheit den Versuch unternimmt, seine Schwierigkeiten und Streitigkeiten mit Polen durch direkte Verhandlungen mit Polen zu erledigen. Seine Regierung glaubt an die Möglichkeit einer Verständigung auf der Grundlage der Achtung des Volkstums und der Sicherungen des Lebensraums und der Lebensformen der Völker. Und in dem größeren Rahmen scheint es aussichtsreicher für Danzig, Polen noch einmal die Hand der Verständigungsbereitschaft entgegenzustrecken. Es geht ja bei den Danziger Angelegenheiten um mehr als nur um Rechts- und Lebensfragen der Freien Stadt. Es geht um den Frieden Europas. Sprach doch die englische Presse schon von der Lunte am Danziger Pulverfaß, als der lezte Westerplatte-Konflikt die europäische Diplomatie aufschreckte! Und so streckt Danzig, wenn es nun Polen die Hand reicht, diese aus gleichsam als Werber des Friedens unter den Völkern Europas. In klarer Erkenntnis spricht Dr. Rauschning von der Hoffnung einer Befriedung des ost- und mittel-europäischen Raumes. Ein ganz anderes Gewicht bekommt, so gesehen, das Vorzeichen der Danziger Regierung zur Vereinigung der Danziger-polnischen Streitfragen als frühere Verständigungsaktionen.

Danzig bringt Polen gleichsam als Morgengabe einer Periode der Zusammenarbeit eine Fülle von Zugeständnissen auf dem Gebiete des Schul- und Sprachenwesens für die polnische Minderheit in Danzig, die so sehr über den Rahmen des noch gestern für möglich Gehaltener hinausgehen, daß kein Zweifel an der Aufrichtigkeit Danzigs bestehen bleiben kann. Selbstverständlich wahrt Danzig bei diesen weit-

## Keine Einmandat-Bezirke

mit Rücksicht auf die nationalen Minderheiten.

Warschau, 11. August.

Zur näheren Aufklärung über die in der gesamten polnischen Presse befürchtete angekündigte Verfassungsreform hat, wie erst jetzt bekannt wurde, der Vorsitzende des Regierungsblocks, Oberst Sławek, am 8. d. M. in seiner Privatwohnung eine Pressekonferenz abgehalten, an der außer den Vertretern von 11 Sanierungsbüchern, der Polnischen Telegraphen-Agentur und der Iskra-Agentur, der Chefredakteur der „Gazeta Polska“, Oberst Miedziński, ferner Car, Podolski und Siński teilnahmen.

In dieser Konferenz behandelte Oberst Sławek in längeren Ausführungen die grundähnlichen Fragen der Verfassung, betonte die taktischen Momente und erklärte, daß er nicht daran denke, eine Diktatur zu errichten, sondern daß er lediglich die Heranziehung der Staatsbürger zur Arbeit für den Staat im Auge habe.

Herr Sławek legte den Nachdruck darauf, daß es in den letzten Jahren dem BB-Club gelungen sei, die stillschweigende Zustimmung breiter Massen zu erlangen für gewisse Maßnahmen, die vom Standpunkte staatlicher Interessen unerlässlich sind, wie z. B. zur Herabsetzung der Gehälter. Auf die Frage, was er eventuell in Sachen der Wahlordnung zum Sejm für Pläne habe, wies Herr Sławek auf die Zwecklosigkeit der Bemühungen der Konservativen hin, einen Vermögens- oder Bildungs-Wahl-Zensus oder einen Zensus ähnlicher Art einzuführen. Wenn man schon eine ungleiche Behandlung der Wähler beim Wahlrecht als möglich anerkennt, so kann dies nur auf der Grundlage der Verdienste und der Arbeit geschehen.

Die Frage eines Abgeordneten, was es mit den Berichten über die

Einführung von Einmandat-Wahlbezirken für eine Demokratie habe, beantwortete Abg. Sławek dahin, daß hauptsächlich mit Rücksicht auf die nationalen Minderheiten die Schaffung von Einmandat-Bezirken nicht erfolgen dürfe.

gehenden Zugeständnissen seinen Rechtsstandpunkt, setzt eine Kündigungsklausel in das Abkommen, denn diese Zugeständnisse sind ja ein Aufstall zu einer Gesamtvereinigung aller Streitfragen. Niemand aber wird die Größe und Großzügigkeit der freiwilligen Gabe Danzigs an seine Minderheit besser würdigen können, als die Deutschen in Polen, die nur wünschen und hoffen können, daß das Beispiel Danzigs nicht ohne Eindruck auf die Minderheitspolitik der Polnischen Regierung bleibt. Wenn Präsident Rauschning sagte, „Danzig will nichts für sich, was es nicht auch bereit ist, voll zu geben“, so sollte Polen, das in Danzig seine wichtigsten schul- und sprachpolitischen Forderungen erfüllt sieht, für sich und seine Minderheiten mit dem gleichen hohen förmlichen Verantwortungsgefühl gegenüber dem Volkstum seiner Minderheiten antworten: „Polen fordert nichts und nimmt nichts an, was es nicht auch bereit ist, voll zu geben!“

Wenn sonst langwierige Schwierigkeiten zwischen zwei Staaten beseitigt werden sollen, macht zweckmäßig der größere Staat dem kleineren das erste große Zugeständnis. Wenn nun hier das kleine Danzig dem größeren Nachbarn ein großes Beispiel gab, so konnte seine nationale Regierung das wagen im Bewußtsein und als Anwalt eines machtvoll erstarnten Volkstums.

Es ist in diesem Zusammenhang nicht notwendig, auf Einzelfragen und Einzelheiten dieser Einzelfragen, auf angedachte und noch offene Lösungen der schwierigen Danziger-polnischen Streitfragen einzugehen. Soviel aber muß in aller Offenheit unterstrichen werden: Danzigs Friedensangebot sucht, wie Dr. Rauschning offen sagte, keinen Frieden um jeden Preis. Danzigs Deutschstum, seine staatliche Selbständigkeit, die selbständigen Formen seiner Wirtschaftsführung und seine Lebensrechte auf seinen Lebensraum anzutasten auch nur zu versuchen würde die ganze Friedensaktion Danzigs gefährden können.

Nur zwei Wege kennt die neue Danziger Regierung für die Freie Stadt — unmöglichlich stehen Dr. Rauschnings Worte vor uns: Entweder einen Ausgleich mit Polen, der Danzigs Lebensraum und Selbständigkeit gibt, oder — eine Änderung des Danziger-Statuts, die dem deutschen Charakter Danzigs volle Rechnung trägt.

„Ich sehe in der Befriedung der Danziger-polnischen Streitfälle eine Probe für einen Grundzustand, der geeignet sein könnte, in die Politik des mittel-europäischen Raumes eine neue Stetigkeit zu bringen.“

Und das ist der große Rahmen dieser Danziger Verständigungsaktion, für die die Grenzen der Verhandlungsmöglichkeiten klar abgesteckt sind! Und nun hat Warschau das Wort.

Friedrich Albert Meyer

Im übrigen forderte Sławek die Vertreter der Presse auf, mit der Oppositionspresse über die Frage der Verfassung nicht zu polemisieren, sondern die Idee des Projektes in nützlicher Weise zu entwickeln.

Nach der Erklärung des Obersten Sławek auf der Tagung der Legionäre soll die „nationale Elite“ keine privaten Vorteile erhalten, sondern nur stärker zur Arbeit an dem Gemeinwohl herangezogen werden. Diese Erklärung bildet seit einigen Tagen den Gegenstand kritischer Beleuchtungen in der Oppositionspresse. So weist ein Warschauer Blatt darauf hin, daß das Gesetz über den Orden „Virtuti Militari“ den einzelnen Trägern dieser Auszeichnung eine ganze Reihe von privaten Vorteilen sichere. Sie erhalten eine jährliche Pension von 300 złoty, werden bei der Besetzung staatlicher Ämter und bei der Landaufteilung auf dem Wege der Agrarreform bevorzugt, haben das Recht auf gebührenfreie ärztliche Behandlung im Krankheitsfall, erhalten eine Ermäßigung von 80 Prozent auf der Staatseisenbahn, schließlich werden ihre Kinder bei der Aufnahme in öffentliche Schulen bevorzugt.

Alle diese Vorteile für besonders verdiente Militärpersonen, so meint das oppositionelle Blatt, seien bisher mit Recht von keiner Seite beanstandet worden, man könne aber, wenn dieselben Ordensträger jetzt gleichzeitig noch öffentlich-rechtliche Privilegien erhalten, nicht davon sprechen, daß ihnen hieraus keinerlei Vorteile erwachsen würden.

### Marschall Piłsudski's Rückkehr.

Marschall Piłsudski, der seit einigen Wochen seinen Urlaub auf seinem Landsitz Pilislawi im Wielkopolske verbringt, wird, wie die polnische Presse meldet, Mitte nächster Woche nach Warschau zurückkehren und seine Tätigkeit als Kriegsminister und Generalinspekteur der Armee wieder aufnehmen.

### Das Übereinkommen

über den Danziger Hafen.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 10. August.

Das Übereinkommen über die Ausnutzung des Danziger Hafens ist im Tenor bereits in der Rede des Präsidenten Dr. Rauschning enthalten gewesen, die die „Deutsche Rundschau“ ausführlich wiedergegeben hat. Im Punkt 2 des Übereinkommens verpflichten sich die Parteien, in regelmäßigen Beitägen durch Zusammenkünfte in Fühlung zu bleiben, um den weiteren Rückgang des Verkehrs über den Danziger Hafen zu verhindern und seine gleiche Beteiligung an dem seewärtigen Warenumverkehr Polens sicherzustellen. Die Polnische Regierung hat daraufhin die Danziger bereits zu einer solchen ersten Zusammenkunft eingeladen. Schon heute haben sich Vertreter der Danziger Regierung nach Warschau begeben, wo morgen die Verhandlungen beginnen.

Zu erwähnen ist übrigens noch als wesentlicher Bestandteil ein Schlusprotokoll zu den vorläufigen Abkommen, durch das offenbar beabsichtigt ist, für die Verhandlungen den Charakter einer Gesamtvereinigung der Danziger-polnischen Streitfragen zu wahren.

In diesem Schlusprotokoll wird nämlich bis zum 15. September d. J. oder der beiden Parteien das Recht vorbehalten, den Hohen Kommissar zu bitten, in der Frage der Ausnutzung des Danziger Hafens des Verfahren niedergenommen zu haben, das in dem Beschlus des Volksrats vom 10. Mai 1932 in Aussicht genommen ist. In diesem Falle würde das Übereinkommen vom 5. August 1933 als hinfällig angesehen.

Falls die Parteien auf dies in Aussicht genommene Verfahren „nicht vor dem 15. September zurückgreifen, wird das Abkommen über die Behandlung der polnischen Staatsangehörigen und anderen Personen polnischer Herkunft oder Sprache auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig unterzeichnet werden und mit dem 15. September 1933 in Kraft treten.“

Es ist also gewissermaßen in das vorläufige Vertragswerk ein Sicherheits-Junktim eingebaut worden, daß auch tatsächlich eine Gesamtvereinigung der Streitfragen erfolgt. Dr. Rauschning hat demgemäß auch unmöglichlich vor dem Volkstag erklärt, daß die weiteren Verhandlungen nur zu einem Ziel kommen können, wenn dieser Charakter einer Gesamtvereinigung für die Zukunft gewahrt bleibt.

Für die Kündigung des Hafenabkommens, falls es erst einmal in Kraft getreten ist, ist eine dreimonatige Frist vorgesehen.

## Die Donaupläne Mussolinis.

Dollfuß nach Rom geladen. — Mussolinis Pläne für eine wirtschaftliche Annäherung Österreichs und Ungarns. — Triest als Ausfuhrhafen für die beiden Staaten. — Deutschlands Interesse an den bevorstehenden Verhandlungen.

Es ist jetzt sicher, daß der österreichische Bundeskanzler Dollfuß Ende August oder Anfang September zu neuen Besprechungen mit Mussolini nach Rom fährt. Die Reihe entspringt nicht seiner persönlichen Initiative, sondern erfolgt auf ausdrückliche Einladung des italienischen Regierungschefs. Wenn sie und da die Vermutung auftrat, es könne sich hierbei um eine Erörterung der Dinge handeln, die jetzt Anlaß zu den diplomatischen Vorstellungen Frankreichs und Englands in Berlin gegeben haben, so ist das ein Irrtum. Die deutsch-österreichischen Beziehungen werden jedenfalls von italienischer Seite nicht zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht werden. Die am Dollfuß ergangene Einladung liegt vielmehr im Zuge der wirtschaftlichen Besprechungen, die Mussolini kürzlich mit Gömbös hatte, und die zur Zeit zwischen den italienischen Regierungsstellen und dem in Rom weilenden ungarischen Wirtschaftsminister Fabini fortgesetzt werden.

Mussolini hält die Zeit für gekommen, um die Pläne, die er seit längerer Zeit für die Neuordnung des Donauraums verfolgt, voranzutreiben. Dazu gehört als Kernstück die wirtschaftliche Annäherung zwischen Österreich und Ungarn. Mussolini will mit der Kräftigung dieser beiden der italienischen Politik verbundenen Staaten einen Block schaffen, mit dessen Hilfe er in der Lage ist, die ihm vielfach unbegrenzten Bestrebungen der kleinen Entente zu kompensieren. Insofern bildet seine ungarische und österreichische Politik auch einen Stein in seinem Spiel gegen Frankreich.

Den von Mussolini ins Auge gefassten Kombinationen stehen allerdings gewisse natürliche Schwierigkeiten entgegen. Ein irgendwie gearteter wirtschaftlicher Zusammenschluß der beiden ehemals in der Donaumonarchie vereinigten Länder würde bei den inzwischen erfolgten Verschiebungen der Grenzen und der Verlagerung der wirtschaftlichen Kräftefelder keineswegs erreichen, um die Lebensunsicherheit Österreichs, aber auch die ökonomische Bedrängnis Ungarns zu beseitigen. Ungarn ist vor allen Dingen an der Erzielung ausreichender Absatzmärkte für seine landwirtschaftliche Erzeugung interessiert, und das kleine Österreich, das in seiner Struktur ja obendrein zum Teil selbst noch stark agrarwirtschaftlich ist, kann unmöglich nennenswerte Mengen des landwirtschaftlichen Überschusses Ungarns aufnehmen. Die jetzt von dort her importierten Mengen sind gering und könnten auch durch ein System von Vorzugszöllen, an das man wahrscheinlich denkt, nicht wesentlich gesteigert werden.

Andererseits ist Ungarn bei der verhältnismäßig geringen Kaufkraft seiner Bevölkerung nicht aufnahmefähig genug, um der österreichischen Industrie als Exportmarkt zu genügen. Obendrein beschäftigt man sich in Ungarn immer noch mit weiteren Plänen der Industrialisierung, und erst kürzlich wurde gemeldet, daß man dort, von den verschiedenen bereits mißglückten Versuchen nicht abgeschreckt, wieder einmal die Gründung einer eigenen Automobilindustrie versuchen will.

Es muß übrigens in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß auch die von Frankreich immer noch besetzten Tardieu'schen Donaupläne, die einen wirtschaftlichen Großraum unter Einbeziehung der Tschechoslowakei, Bulgariens und vielleicht Rumäniens schaffen wollen, dem bestehenden Übel nicht besser bekommen würden; denn Bulgarien und Rumänien sind ganz, die Tschechoslowakei zum erheblichen Teil Agrarexportländer. Alle diese Projekte müssen an dem Mangel eines Gleichgewichts zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Erzeugung im Donauraum scheitern.

Wie aus Rom verlautet, will deshalb Italien sich selbst in die von ihm betriebene Kombination einschalten. Vorläufig ist nicht recht zu sehen, wie das die Situation wesentlich bessern könnte; denn Italien verfolgt seit längerer Zeit das Ziel, die Lebensmittelversorgung zu gunsten der einheimischen Erzeugung nach Möglichkeit zurückzudrängen. Es ist ihm auch beispielweise gelungen, die Weizeneinfuhr im Juli 1933 auf 64 000 Doppelzentner gegenüber 500 000 Doppelzentner im Juni 1932 zurückzudrängen. Die Einfuhr von Weizen sank sogar in der gleichen Zeit von 845 000 Doppelzentner auf 108 000 Doppelzentner. Für die Ausfurtheressen Ungarns wird also hier nicht viel zu holen sein. Andererseits ist kaum zu erwarten, daß Österreich und Ungarn Großabsatzgebiete für die spezifischen Erzeugnisse der italienischen Landwirtschaft oder für die italienische Industrie werden könnten. Dazu liegt der Lebensstandard der Bevölkerung dieser Länder zu niedrig.

Soweit Italien in der Lage ist, den beiden Staaten wirtschaftlich etwas zu bieten, sucht es die Gegenleistung auf anderem Gebiet. Der Hafen von Triest ist in seinem Verkehr stark zurückgegangen, und man möchte in Rom die österreichische und ungarische Ausfuhr durch die Vereinbarung entsprechender niedriger Exporttarife dorthin leiten. Es scheint, daß die bisherigen Vorverhandlungen darüber bereits ein gemeinsames Einverständnis erzielt haben. Außerdem sucht Italien mit allen Mitteln seine Stellung im Exporthandel zu festigen und auszubauen, und es denkt möglicherweise daran, in dieses Geschäft Österreich als Teilhaber einzunehmen. Die für die besonderen Handelsbeziehungen zum nahen Orient geschaffene Messe in Barletta und die jetzt gerade erfolgte Gründung einer italienischen Handelskammer in Palästina würden geeignete Ansatzstellen für derartige gemeinsame Expansionsbestrebungen bieten.

Wenn alle diese Pläne demnächst in Rom mit Herrn Dollfuß besprochen werden, so ist Deutschland daran nicht uninteressiert. Schon als der Donauplan Tardieu's das erste Mal auftrat, ist von deutscher Seite sehr nachdrücklich der Anspruch erhoben worden, daß seine besonderen handelspolitischen Belange bei der Gestaltung der dort unten erfolgenden Neubildungen berücksichtigt werden. Tatsächlich ist der deutsche Handel in den in Betracht kommenden Ländern am stärksten beteiligt, und jede Richtungsänderung der wirtschaftlichen Beziehungen der Donauländer muß ihn treffen. Das gilt auch von den Absichten, Triest zum Exporthafen Österreichs und Ungarns zu machen. Der durch Sondertarife Triest zugeführte Verkehr wird zum größten Teil Hamburg verloren gehen.

## Adolf Hitler für die Kriegsbeschädigten.

Der Reichskanzler hat aus Anlaß eines Einzelfalles den Wunsch ausgedrückt, daß der Schwerkriegsbeschädigte von allen Behörden und Dienststellen mit der ihm gebührenden Rücksicht behandelt wird. Dementsprechend hat der preußische Finanzminister, zugleich im Namen des Ministerpräsidenten, die nachgeordneten Behörden durch besonderen Runderlaß ersucht, hiernach zu verfahren und diesen Erlaß den ihnen unterstellten Beamten bekanntzugeben.

## Bollzug der Todesstrafe in Preußen.

Aus Berlin wird gemeldet:

Die Preußische Staatsregierung hat nunmehr eine einheitliche gesetzliche Regelung über die Durchführung der Todesstrafe vorgenommen. Von den Ländern, in denen wie in Deutschland die Todesstrafe besteht, wird sie ausgeführt durch Enthauptung, und zwar in Belgien, in Dänemark, in Finnland, in Frankreich, in Griechenland und in einzelnen Kantonen der Schweiz. Die Hinrichtung durch den Strang erfolgt in Bulgarien, Kanada, England, Japan, Tasmanien, Polen und Ungarn. Durch Erschießen wird die Todesstrafe vollstreckt in Chile, Italien, Jugoslawien, Litauen und Sowjetrußland. Neben diesen Hinrichtungsarten gibt es in Nordamerika noch die Hinrichtung durch den elektrischen Stuhl, die Elektrofektion. In Spanien wird die Todesstrafe mittels Strangulation durch die Würgschraube, „Garotte“ genannt, vollzogen.

Bemerkenswert ist ferner, daß in einer großen Anzahl von Ländern die Hinrichtung noch öffentlich geschieht. Das gilt für Belgien, Chile, Dänemark, Frankreich, Jugoslawien. In Bulgarien werden nur Männer öffentlich hingerichtet, in Kanada muß die Beerdigung innerhalb des Gefängnisplatzes erfolgen, in Chile und Frankreich wird an Schwangeren die Todesstrafe nicht vollzogen. In besonders qualifizierter Weise wird die Hinrichtung in Frankreich bei Vatermörtern vollzogen. In Italien erfolgt die Erschießung in einem Militärlager. In Mexiko ist die Todesstrafe nach der Verfassung für politische Verbrechen verboten. Sowjetrußland kennt die Todesstrafe durch Erschießen in vielen Fällen, meist wegen politischer und militärischer Taten.

Auch in dem Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes, der im Jahre 1927 dem Reichstag vorgelegt wurde, der aber nie zur Verabschiedung gekommen ist, waren Bestimmungen über die Art des Vollzugs der Todesstrafe getroffen. In diesem Entwurf hieß es u. a.:

Die Todesstrafe wird durch Enthauptung vollzogen. Sie ist in einem umschlossenen Raum zu vollziehen. Beim Vollzug müssen außer dem Beamten der Vollstreckungsbehörde, der den Vollzug leitet, zwei Mitglieder des Vollstreckungsgerichts, ein Protokollführer und ein Arzt zugegen sein. Der Gemeindevorstand des Ortes der Hinrichtung ist zu ersuchen, zwölf Gemeindevertreter oder andere akhbare Mitglieder der Gemeinde aufzufordern, der Hinrichtung beizuwohnen. Einem Geistlichen von dem Religionsbekenntnis des Verurteilten und dem Verteidiger ist der Zutritt zu gestatten. Der Leichnam des Hinrichteten ist den Angehörigen auf ihr Verlangen zu einfacher Bestattung zu überlassen.

## Königsberg wird frei von Arbeitslosen.

Königsberg, 8. August. (Eigene Meldung.) Nach Berichten aus Königsberg werden die letzten 8000 Wohlfahrts-Erwerbslosen bereits in acht Tagen in Arbeit und Brot sein, so daß Königsberg als erste der deutschen Großstädte keine Arbeitslosen mehr zu verzeichnen haben wird.

Auch in Baden und Württemberg sind bereits 12 Landkreise nahezu arbeitslosfrei.

## Korruption auch beim alten Breslauer Rundfunk.

Auch in Breslau hat jetzt die Untersuchung zur Entdeckung von Korruptionen beim System rundfunk geführt. Ebenso wie in Berlin wurde von den Breslauer Rundfunkgewaltigen die Methode der Sonderposten und Geheimkonten nach allen Regeln der Kunst befolgt.

Der entlassene Funkintendant Fritz Walter Bischoff hat sich auf jede mögliche Weise auf Kosten des Rundfunks bereichert. Neben den reichlichen Tagesspesen ließ er sich noch hohe Sonderkosten für persönliche Ausgaben auszahlen. Verschiedentlich fuhr er, da er mit Vorliebe selbst steuerte, Passanten um. Die Rechtsanwälte kosteten, die sich aus diesen Prozessen ergaben, bürdeten Bischoff, um nur ein Beispiel von vielen zu nennen, ohne Bedenken dem Rundfunk auf. Bischoff, ehemals ein völlig unbekannter kleiner Gelegenheitsdichter, ist mit Hilfe des Systems sehr schnell zu einer Rundfunkgröße mit einem Rieseneinkommen aufgestiegen.

Die Gesellschafter-Versammlung der schlesischen Funkstunde G. m. b. H. erteilte auf Grund der aufgedeckten Misswirtschaft den bisherigen Geschäftsführern keine Entlastung. Sie billigte aber nachträglich deren bereits erfolgte Kündigung.

## Revision bei den Siemens-Werken.

Berlin, 8. August. (Eigene Meldung.) Auf Veranlassung der Geheimen Staatspolizei wurde am Dienstag eine Durchsuchung bei den Siemens-Werken vorgenommen, wo bei einer großen Menge staatsfeindlicher kommunistischer Schriften gefunden wurde. 15 Arbeiter wurden in das Konzentrationslager eingeliefert.

## Todesurteil vollstreckt.

Hamburg, 8. August. (Eigene Drahtmeldung.) Das Todesurteil gegen den Mörder des Polizeiwachtmeisters Stephan Kopka, Wilhelm Volk, ist am Dienstag morgens um 7 Uhr auf dem Hofe des Untersuchungsgefängnisses vollstreckt worden.

## Die Zeltstadt von Döberitz.

Berlin, 10. August. (Eigene Drahtmeldung.) Das Zeltlager von Döberitz, das im Zusammenhang mit dem ersten Schützenstaffel-Appell der Gruppe Ost in Berlin am 11. August dort errichtet wird, ist das größte Biwak, das die Reichshaupt-

stadt je gesehen hat. Selbst in Friedenszeiten traf man Biwaks von derartigem Umfang nur in den aller seltesten Fällen. Nicht weniger als 400 Zelte werden sich um das Gruppenzelt, das auf einer kleinen Anhöhe liegt, kreisförmig gruppieren. Jede der einzelnen Standarten wird ihre Zelte in U-Form haben, und zwar so, daß die offene Seite nach dem Zelt der Gruppenführung zu liegen kommt.

Das Gruppenzelt beherbergt das ganze Lager und beherbergt in seinem Innern den Gruppenstab. Ein weiteres Zelt ist für den Gruppenführer bestimmt, eines für die Oberleitung. Ebenso sind die sonstigen Angehörigen des Gruppenstabes dort in Zelten untergebracht. Drei große Sanitätszelte mit kompletten ärztlichen Stationen einschließlich Operationszelt geben diesem Teil des Lagers ein besonderes Gepräge.

Weiterhin findet man dort ein Zeltlager der Reiterstürme und der Motorstaffel zur besonderen Verwendung der Gruppe Ost. Von hier aus wird die verkehrstechnische Verbindung durch Motorstaffeln nach der Stadt hergestellt. Allein 60 000 Portionen Kasse werden täglich ausgegeben und die übrige Verpflegung verhält sich in ähnlichen Massen.

## Maria von Rumänien über Deutschland.

Der Drontheimer Korrespondent der großen konservativen Zeitung „Altenposten“ interviewte die Königinmutter Maria von Rumänien bei ihrem Besuch in Drontheim mit dem Dampfer „Resolute“, der augenblicklich auf einer Nordlandsfahrt begibt ist.

Meine Ansicht ist, so erklärte die Königinmutter, daß die Deutschen ein zu fleißiges und lebenskräftiges Volk sind, als daß sie untergehen würden. Wenn Reichskanzler Adolf Hitler der Mann ist, den ich mir vorstelle, dann habe ich diese Hoffnung. Man kann den Deutschen keinen Vorwurf daraus machen, daß sie auf ihre Grenznachbarn schlecht zu sprechen sind. Wenn man jemandem auf den Fuß tritt, was macht er dann? Er kann nichts anderes machen als das gleiche.

Die Blätter in Rumänien bewundern Herrn Hitler, und ich füge hinzu: Die Deutschen sind so geschickte Menschen, daß sie verdienen, ihre Angelegenheiten wieder in Ordnung bringen zu dürfen.

## Wie gelogen wird.

Die nationalsozialistische Partei-Korrespondenz berichtet über einen besonders unerhörten Fall jüdischer Gewaltpropaganda gegen Deutschland. Einem im Saargebiet lebenden Nationalsozialisten ist der Brief des Juden Kurt Großmann, der bereits seit Februar von Prag aus die Welt mit Lügen über Deutschland vergiftet, an die berüchtigte Saarbrücker marxistische Zeitung „Deutsche Freiheit“ in die Hände gefallen. Der Brief enthält einen Artikel Großmanns mit einem gefälschten Bericht über seine angeblichen „furchtbaren Erlebnisse“ im Konzentrationslager von Sachsenhausen.

Dabei ist allgemein bekannt, so schreibt die NSZ, daß Großmann seit Februar die und seit in Prag sitzt.

## Zwischenfall an der österreichischen Grenze.

Die bayerische politische Polizei teilt mit:

Aus bisher nicht bekannter Ursache entstand in den Morgenstunden des Montags an der deutsch-österreichischen Grenze, und zwar in der Nähe des Seehauses bei Kiefersfelden zwischen österreichischen Heimwehrangehörigen und einer Gruppe noch bisher unbekannter Personen eine Schieberei, wobei ein Heimwehrmann tödlich verletzt wurde. Die bayerische politische Polizei hat alles veranlaßt, um die Schuldigen zu ermitteln und sie der Bestrafung zu aufzuführen.

## Saargebiet-Agitationszentrum

### gegen die Reichsregierung.

Das Völkerbundsekretariat veröffentlicht den Wortlaut des ihm in Abschrift zugegangenen Notenwechsels zwischen der Deutschen Regierung und der Saar-Regierungskommission über die letzten Saarzwischenfälle. Aus dem Wortlaut der deutschen Note geht hervor, daß das Saargebiet als Zentralstammstelle für kommunistische und andere Heizpropaganda gegen die Deutsche Regierung dient, von wo aus Heizschriften in das Reich eingeschmuggelt werden, ohne daß sich die Saarregierungskommission diesem völkerrechtswidrigen Treiben mit dem gleichen Eifer widersetzen würde, wie sie das gegenüber den nationalen Regungen im Saargebiet zu tun pflegt.

## Gerüchte um Lindbergh.

Berlin, 11. August. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer in New York vorliegenden Meldung aus Grönland soll der bekannte amerikanische Flieger, Oberst Lindbergh, am Donnerstag tödlich abgestürzt sein. Weder in London noch in Kopenhagen wurde jedoch eine Meldung bestätigt. Erst am Freitag um 2 Uhr morgens traf in London eine Meldung aus Kopenhagen ein, die besagt, daß sich Oberst Lindbergh wohl behalten in Aguianehaab auf Grönland befindet. Die Gerüchte über einen Absturz Lindberghs, die überall großes Aufsehen hervorriefen, sind wahrscheinlich auf einen verstümmelten Funkspruch zurückzuführen, der von einem grönlandischen Sender ausgegangen ist. In New York traf die Meldung gerade ein, als die Abendzeitungen auf den Straßen erschienen. Es wurden sofort Sonderausgaben herausgegeben, die reichend Absatz fanden.

## Französischer Dampfer „Forbin“ brennt — an der Unglücksstelle der „George Philipp“.

Paris, 10. August. (Eigene Drahtmeldung.) An Bord des französischen 7000-Tonnen-dampfers „Forbin“, der sich auf der Fahrt nach Indochina befindet, ist Feuer ausgebrochen, das sich auf das ganze Schiff ausgedehnt hat. Der Brand entstand am Mittwoch im Arabischen Meer unweit von der Stelle, wo die „George Philipp“ in Flammen aufgegangen war. Einem Telegramm aus Italienisch-Somali-Land zufolge geriet die „Forbin“ etwa 600 Meilen von Kap Guardafui entfernt in Brand. Der holländische Dampfer „Sembilan“ und das französische Motorschiff „Felix Russell“ eilen dem Dampfer zur Hilfe. Die „Forbin“ ist 1929 gebaut und hat eine Besatzung von 58 Mann.

## Erpresser-Methoden

eines Wochenblättchens.

Bromberg, 10. August.

Seit einiger Zeit hat sich hier in Bromberg ein kleines Wochenblättchen mit dem Titel „Prawda w oczy“ unliebsam bemerkbar gemacht, das in oft unerhörter Weise angesehene Firmen angriff. Von Montag bis vor der Strafammer des hiesigen Bezirksgerichts ein Prozeß, den die Firma „Rika“ gegen den verantwortlichen Redakteur Henryk Fabrycz des Blattes eingeleitet hatte. Wenn dieser Prozeß auch in der ersten Instanz mit einem Freispruch des Angeklagten endete, so hätte er dennoch das außerordentlich Gute, einmal in aller Öffentlichkeit die Methoden eines Blattes von der Art der „Prawda w oczy“ bloßzustellen. Leuten, die auf solche Art Journalisten sind, sollte das Recht journalistischer Tätigkeit entzogen werden.

Das Wochenblättchen hatte in zwei Artikeln, und zwar am 14. und 28. Mai d. J., gegen die genannte Firma Vorwürfe erhoben, sie habe beim Bau der Fundamente für die Turbinen des Elektrizitätswerkes nicht entsprechendes Material verwandt, meshalb Risse in den Fundamenten entstanden seien. Im Verlaufe der mehrere Tage dauernden Verhandlung wurden zahlreiche Zeugen vernommen, die oft in einander widerprechender Form aussagten. Der Zeuge Architekt Kaderet sagt aus, der Bau der Fundamente sei unter Verwendung des entsprechenden Betonmaterials vorschriftsmäßig ausgeführt worden. Sechs Wochen hindurch sei aber die Firma gezwungen gewesen, den Bau zu unterbrechen, da sie auf die Lieferung der hierzu erforderlichen Roste durch den Magistrat warten mußte. Die Garantie für die Festigkeit der Fundamente im Falle einer verspäteten Lieferung der Roste hatte die Firma sofort abgelehnt. Als die Roste später eintrafen, wurden die Arbeiten wieder aufgenommen, aber ohne daß die Firma die Verantwortung dafür übernommen hatte. Erst nach Ablauf der von der Firma übernommenen Garantiezeit zeigten sich in den Fundamenten unbedeutende, sogenannte Schwindrisse, worauf der Baufirma der Vorwurf gemacht wurde, daß sie die Fundamente nicht richtig ausgeführt hätte. Die Firma ließ dann den Beton durch die Technische Hochschule in Danzig untersuchen und ein Gutachten anfertigen, aus dem hervorging, daß das Material vollkommen den Bauvorschriften entsprach. Der Zeuge Stadtrat Régamej, Deponent des Elektrizitätswerkes, betont, daß erst nach Ablauf von 1½ Jahren sich Risse in den Fundamenten gezeigt hätten. Das Gutachten, das im Polytechnikum in Warschau ausgefertigt wurde, hatte ergeben, daß das Verhältnis Zement zum Kies 1:7 ist und daß die Mischung normal sei. Der Magistrat hatte noch ein weiteres getan und das Gutachten des Professors Kłosza, einer Kapazität auf dem Gebiete des Betonbaus, eingeholt. Professor K. führte in seinem Gutachten aus, daß solche Risse infolge Zusammenziehung des Betons entstehen. Sie hätten jedoch nichts weiter auf sich, wenn nicht andere schwerere Veränderungen in den Fundamenten entstehen. Zu 70 Prozent weisen Fundamente, auf denen Turbinen stehen, nach einiger Zeit solche Schwindrisse auf. Der Stadtrat Konstant Sokołowski ergeht sich in seinen Aussagen in Angriffen gegen den Magistrat und hauptsächlich gegen Stadtrat Régamej und fühlt sich bemüßigt, gegen deutsche Firmen Sturm zu laufen, obgleich er selbst, wie er später zugeben muß, bei Berliner Firmen gelernt hat.

Abgesehen von der Erörterung der technischen Fragen, wobei die einen Sachverständigen betonen, daß Risse dieser Art überall vorkommen und unbedeutend seien, während die anderen anderer Ansicht sind, interessiert uns und die Öffentlichkeit die Arbeitsmethode der Leute vom Schlag der „Prawda w oczy“. Diese wurde durch die Aussagen des Zeugen Ing. Luszynski beleuchtet. Der Zeuge schildert die Entstehung der Artikel in der „Prawda w oczy“: Danach sei im Mai d. J. der Alkoholiker dieser Zeitung Witczak bei der Firma „Rika“ erschienen und wies ein Schreiben vor, in dem die Firma in der schmutzigsten Weise wegen verschiedener Machinationen in Verbindung mit dem Bau der Fundamente im Elektrizitätswerk angegriffen wurde. Dieser Brief sei, wie der Mann erklärte, in der Redaktion der „Prawda w oczy“ eingegangen zwecks Veröffentlichung. Er habe dann angedeutet, daß, wenn die Firma „Rika“ sich bereit finde, einen bestimmten Betrag zu zahlen, der Brief in der Zeitung nicht veröffentlicht werde. Die Firma hatte jedoch dem Manne die Tür gewiesen. An dieser Stelle stellt der Angeklagte den Antrag, Witczak als Zeugen zu vernehmen, da dieser es gewesen sei, der den Brief gestohlen (!) hätte. Das Gericht gab dem Antrage statt. Die Aussagen des W. entlasten nicht den Angeklagten, sondern belasten ihn stark. Er habe von dem Angeklagten den Auftrag erhalten, mit dem anonymen Schreiben sich zur Firma „Rika“ zu begeben, um zu versuchen, dieses zu Gelde zu machen. Der Angeklagte hätte ihn auch zu anderen Firmen gesandt, von denen er 200–300 Zloty für sogenannte „Verichtigungen“ in der „Prawda w oczy“ verlangt.

Am Donnerstag, dem vierten Tag der Verhandlung, hatte das Gericht entsprechend dem Antrage der Verteidigung im Elektrizitätswerk einen Volkstermin abgehalten. Die Verhandlung wurde dann um 9 Uhr abends wieder aufgenommen. Nach Vernehmung zweier weiterer Zeugen, die zur Verhandlung selbst keine wesentlichen Momente erbracht hatten, schloß der Vorsitzende die Beweisaufnahme, dem Rechtsbeistand der Firma „Rika“ das Wort erließend. Dieser beleuchtete in längerer Rede den ganzen Werdegang des Baues des Elektrizitätswerkes und die niederer Beweggründe, die den Angeklagten zur Verfassung seiner Schmähartikel veranlaßt haben. Zum Schluss seiner Rede verlangte er Genehmigung für seine Mandantin und strengte Bekraftung des Angeklagten vor. Der Angeklagte liest die von ihm geschriebenen Artikel dem Gericht vor, wobei er während des Lesens plötzlich heftig zu weinen beginnt. Er habe bei dem Schreiben der Artikel nur das „Allgemeinwohl der Bromberger Bevölkerung“ (!) im Auge gehabt. Er bitte das Gericht um Freispruch.

Nach kurzer Beratung sprach das Gericht den Angeklagten frei. Der Angeklagte habe, wie Bezirksrichter Swiatecki in seiner Begründung u. a. ausführte, sich bei Verfassung der Artikel nur von ideellen Beweggründen leiten lassen. Die Verhandlung habe ergeben, daß während des Baues des Elektrizitätswerkes im Magistrat fatale Zustände herrschten.

Gegen das Urteil wurde Berufung angemeldet.

## Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angeordnet.

Bromberg, 11. August.

### Meist heiter.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet meist heiteres Wetter bei wenig veränderten Temperaturen an.

### Ich glaube, daß mich Gott geschaffen hat.

Unsere Tageslektüren sehen wieder bei dem Alten Testamente ein. Man mag gegen dasselbe sagen, was man will, es bleibt doch dabei, daß dieses alte Testament Jesu heilige Schrift war. Sollte sie da nicht auch uns von Gott sagen können? Da steht am Anfang die Schöpfung der Welt, auch des Menschen (1. Mose 1, 26–25). Das ist gewiß kein naturwissenschaftliches Kapitel über „die Entstehung des Menschengeschlechts“. Darum geht es der heiligen Schrift nicht, naturwissenschaftliche Vorlesungen zu halten oder Theorien aufzustellen. Sie redet von Gott und stellt auch unser armes Menschentum unter seine Hände. Das will doch dieses Kapitel uns zu Gemüte führen: Bedenke, o Mensch, daß du Gottes Geschöpf bist! Das ist nicht im Sinne des „Großenmahns“ gemeint, wie Höckel es verstand, sondern im Sinne heiliger Verantwortung für unser Menschentum. Gerade die Gegenwart fordert wieder stark die Anerkennung der göttlichen Schöpfungsordnung. So hat unser Glaube viel mehr Recht und Pflicht, sich darauf zu befreien: Ich glaube, daß mich Gott geschaffen hat samt allen Kreaturen! Von diesem Glaubensartikel führt alle Ehrfurcht vor dem Menschentum her und alles Verpflichtetsein des Menschen zum Gottesdienst. Was ich bin und was ich habe, und was ich kann, das danke ich alles meinem Gott. Hat er damit nicht ein Recht an mir? Kann er nicht von mir verlangen, daß mein Leben ihm gehöre, der es gegeben und geschaffen hat? Wer hat mich wunderbar bereitet? Gott, der meiner nicht bedarf! Wahrhaftig, wer das täglich bedachte, dessen Leben müßte etwas Großes, Reines, Heiliges sein: Leben von Gott und darum Leben unter Gott, mit Gott, für Gott!

D. Blau-Posen.

**S Herabsetzung des Brotpreises.** Der Stadtpräsident macht darauf aufmerksam, daß der Preis für ein Dreipfund-Brot aus 65prozentigem Roggengemüll auf 48 Groschen festgesetzt wurde. Der neue Brotpreis verpflichtet vom 12. d. M. ab.

**S Störung im Eisenbahnverkehr Warschau–Bromberg.** Auf dem Warschauer Hauptbahnhof trat gestern nach einer großen Verkehrsstörung ein, die den Zugverkehr für längere Zeit lahmlegte. Eine Rangier-Lokomotive entgleiste und legte sich so unglücklich über die Schienen, daß eine Ausfahrt der Züge verhindert wurde. Daher konnte z. B. der Zug nach Bromberg–Danzig erst mit dreistündiger Verzögerung von Warschau abgehen.

\*\*\*\*\*  
Schweigen ist groß; es sollte auch große, stillle Menschen geben. Schön ist es, einzusehen und zu verstehen, daß kein Wert, ob bekannt oder unbekannt, auf Erden sterben kann. Das Werk eines unbekannten, guten Menschen gleicht einer Wasserader, die unter der Erde verborgen dahinsießt und im geheimen den Boden grün läßt; sie fließt und fließt und vereinigt sich mit andern Adern in Aderchen; eines Tages wird sie als sichtbarer, unversieglicher Quell hervorsprudeln.  
T. Carlyle  
\*\*\*\*\*

\*\*\*\*\*  
S Hoch singt das Lied vom braven Mann, in diesem Falle aber von einer braven Lehrerin von hier, Fräulein D. Piszkenreuter, Rinkauerstraße (Pomorska) 27, welche während ihrer Ferienzeit in Heisterneß (Jastarnia) auf Heladen Obergerichtsssekretär Schulz vom hiesigen Kreisgericht unter Einschluß eigenen Lebens vor dem sicherem Tode des Ertrinkens gerettet hat. Schulz hatte sich steinkohl weiß vom Strand entfernt und konnte beim Zurückswimmen infolge plötzlich einsetzender Herzmuskel schwäche die durch starken Wind aufgeweichten Uferwellen nicht mehr überwinden, ging unter, tauchte aber bald wieder empor und schrie um Rettung. Die am Ufer weilende Lehrerin, die den Hilferuf gehört hatte, warf sich in die Wellen und erreichte schwimmend den mit letzter Kraft sich über Wasser haltenden Kranken, der sich aber unglücklicherweise am Oberarm der Retterin knapphaft angellammiert hatte. Nur mit großer Anstrengung konnte sich die Lehrerin freimachen. Beim Rückswimmen verliefen aber auch der Lehrerin die Kräfte, so daß auch sie um Hilfe rufen mußte. Am Ufer war eine Freundin zurückgeblieben, die schnell den Rettungshahn herbeirufen konnte, der Schulz ans Ufer brachte. Als aber die Retterin schwimmend das Ufer erreicht hatte, wurde sie infolge Überanstrengung von einer tiefen Ohnmacht befallen, so daß künstliche Atmungen vorgenommen werden mußten. Badedirektion und fast alle Kurgäste haben die tüchtige Retterin mit Glückwünschen überschüttet, nicht zuletzt der Gerettete.

**S Internationales Ringkampfturnier.** Die Ringkampfveranstaltung hat ein neues Wahrzeichen erhalten. Über den Köpfen der Zuschauer ist ein riesiges Reklameschild einer einheimischen Makaroni-Fabrik angebracht worden, wahrscheinlich deswegen, um der Galerie zu beweisen, daß nur das Makaroni-Essen stark mache. Der Italiener Equatore, der einzige, der darüber ein sachgemäßes Urteil hätte abgeben können, hat leider die Bromberger Ringkampfmatte schon verlassen, wahrscheinlich deswegen, weil die italienischen Makaroni nicht kräftig genug waren. Die anderen kämpfen noch weiter. Im ersten Kampf traten sich Sajorski und Orłowski gegenüber. Sajorski hat wieder einmal sein großes Können unter Beweis gestellt und den Polen nach 38 Minuten auf die Matte gedrückt. Baranowski, die wundende Tonne, hat eine schwache Stelle. Der ausgezeichnete Tonne hat sie beim Kampf im amerikanischen Stile entdeckt, denn er sah den Riesen so energisch an den großen Zeh, daß dieser seinen Kampf nach 19 Minuten als besiegt ausgeben mußte. Der Russe hat nun eingesehen, daß ihm sein enormes Körpergewicht nicht immer hilft, wenn er einem guten Ringkämpfer gegenübertritt. Das große Ereignis des Abends war das Zusammentreffen zwischen Ahrens und Siegfried. Der jugendliche, vorzüglich kämpfende Ahrens hatte gegen die großen Körperkräfte des

älteren Siegfried mancherlei Schwierigkeiten zu bestehen. Die außerordentliche Gewandtheit Ahrens errang hier den Sieg. In der 29. Minute unterlag Siegfried nach einem blitzzartigen Hüftschwung.

### Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Mroscien (Mrocza).

Die hier vor kurzem gegründete Konsumgenossenschaft, welche sich hauptsächlich mit dem An- und Verkauf von Getreide und künstlichen Düngemitteln beschäftigt, hat bereits den Betrieb aufgenommen. Näheres siehe Anzeige. (587)

### Mord in Labischin.

Am Donnerstag um 9 Uhr vormittags ereignete sich in Labischin eine Bluttat, der der 68jährige Hausbesitzer Franz Koliniski zum Opfer fiel. Die Hintergründe dieser Morde sind folgende. In dem Hause des Koliniski wohnte der 35jährige Arbeiter Alfred Szmeder, der seit fast zwei Jahren mit der Miete im Rückstande war. Auf die Mahnungen des Hauswirts hatte Sz. des österen Drohungen ausgetragen, daß er den K. noch einmal umbringen werde. Am Donnerstag kam es zwischen dem Hauswirt und seinem Mieter abermals zu einem schärfen Wortwechsel, der dadurch entstanden war, daß K. dem Sz. die Benutzung des Tormecks, der nach dem Walde führte, verbot. Der Mieter sollte den Tormeck nach der Straße hinaus benutzen. Sz. verzitterte mit der Art das an dem hinteren Tor angebrachte Vorhangeschloß und als K. hinzukam und seinen Mieter deswegen zur Rede stellte, zog dieser nach kurzem Wortwechsel plötzlich ein doldartiges Messer aus der Tasche und jagte es dem K. ins Herz. Der Tod trat nach einigen Minuten ein.

Der Mörder ergriff nach der Tat sofort die Flucht, konnte jedoch nach kurzer Zeit von der Polizei festgenommen werden. Nach Labischin begab sich kurz nach der Tat der Untersuchungsrichter des hiesigen Bezirksgerichts mit einer ärztlichen Kommission. Der Mörder ist verheiratet und Vater von 6 Kindern.

□ Crone (Koronowo), 10. August. Auf dem heutigen Wochenmarkt kostete Butter 1,20–1,40, Eier 0,90 bis 1,00 die Mandel. Kartoffeln 2,50–3,00 der Bentiner. Mastschweine brachten 40–52 Zloty der Bentiner, Absatzkiefel 22–32 Zloty das Paar, je nach Güte.

Kürzlich wurden dem Besitzer Molter aus Braßberg bei Crone vier Bentiner Roggen vom Scheunenflur gestohlen.

z. Nowyrowiec, 10. August. Wieder ein Feldwächter angeschossen. In der Nacht zum Mittwoch wurde auf den Feldern des Gutes Ostrowo hiesigen Kreises der 56 Jahre alte Wächter Józef Dreliżak aus Ostrowo von einer unbekannten Person angeschossen. Die Kugel drang ihm in die linke Hand, verletzte ihn jedoch nur leicht. Ein überaus schweres Gewitter mit orkanartigem Sturm, starkem Hagelschlag und wolkenbruchartigem Regen entlud sich über Stadt und Umgegend. Die Wehr wurde nach dem Dorfe Lujewo gerufen, wo infolge Blitzschlags die Scheune des Landwirts Drabik in Brand gerieten war und mit dem frisch eingefahrenen Getreide völlig eingeäschert wurde. Der Schaden, der auf 35 000 Zloty geschätzt wird, ist durch Versicherung gedeckt. Dank dem energischen Eingreifen der erschienenen Feuerwehren aus Nowyrowiec, Majny und Lujewo konnte das Feuer auf seinen Herd beschränkt und die angrenzenden Gebäude vor der drohenden Feuersgefahr bewahrt werden.

In Chelmec versuchte sich in der Nacht zum Montag ein 21jähriger Schmiedelehrling das Leben zu nehmen, indem er 100 Gramm Essigsäure trank. Dem sofort hinzugezogenen Arzt gelang es jedoch, den Lebensmüden zu retten.

i Nakel (Naklo), 10. August. Feuer entstand durch Blitzschlag auf dem Gehöft des Besitzers Bempel in Piotrowo. Dabei stießen die mit frischem Getreide gefüllte Scheune, sowie ein Stall mit etlichen Stück Vieh dem wütenden Element zum Opfer. — Auf gleiche Weise brach Feuer bei dem Ansiedler Layaczynski in Polichno aus, das aber ohne Zuhilfenahme einer Feuerwehr gelöscht werden konnte.

Drei Diebe drangen in einer Nacht in die Wohnungen der Besitzer Abram und Böllmer in Gorzów ein. Die Diebe nahmen alles, was sie an Wertgegenständen, Kleidungsstück und Gütern vorfanden, mit und entfahlen damit unbemerkt.

○ Budewitz (Pobiedziska), 10. August. Ein Blitzschlag bei dem Landwirt Siwert in Pruszwiec hiesigen Kreises in die Scheune ein, die ebenso wie ein Stall bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannte. Der Schaden ist nur zu einem Teil durch Versicherung gedeckt. — Ferner wurden durch einen Blitzschlag Scheune und Stall des Gutsbesitzers Kelm in Turostwko eingeäschert. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

### Aleine Rundschau.

#### Ehrung des Zwölf-Kampf-Siegers:

Hans und Hof als Siegespreis.

Der Sieger des Zwölfkampfes, des bedeutendsten Wettkampfes des Stuttgarter Turnfestes, Kurt Krösch vom Turn- und Sportverein Rössern, wurde bei der Rückkehr in seine Heimatstadt Merseburg-Leuna begeistert empfangen. Bei der internen Vereinsfeier gab der Gemeindewortheiter Kloß bekannt, daß die Gemeinde Leuna dem Turnfest Sieger Grund und Boden zur Errichtung eines Eigenheimes schenke. Auch die Mittel zum Hausbau sollen aufgebracht werden.

### Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 11. August 1933.

Krakau 2,90, Jawischowitz + 0,98, Warischau + 1,01, Bock + 0,52, Thorn + 0,51, Norden + 0,50, Culm + 0,43, Graudenz + 0,60, Kurzegow + 0,80, Bielitz + 0,03, Dirschau – 0,12, Einlage + 2,54, Schlesienhorst + 2,76.

Chef-Redakteur: Gottbold Starke (beurlaubt); verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Heuke; für Anzeigen undstellungen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & C. v. p. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 183

Zurückgelehrt!  
Dr. Staemmler  
5845

Hast Du schon gekauft  
Filme, Platten  
für den Sonntag von  
Centralna Optyczna,  
Gdańska 9. 5674

## Mrocza. Konsum Sp. z o. o.

hat den Geschäftsbetrieb bereits aufgenommen und empfiehlt sich zum  
**An- und Verkauf**  
jeder Getreidemenge,  
Düngemittel, Adhlen usw.  
Geschäftsstelle befindet sich im Geschäftszimmer der Landw. Spar- und Darlehnskasse (Reiter) Telefon 7. 5878

Wer nimmt aus Barnherzg. j. Mädch.,  
z. Schol. aufs Land entl.  
geg. u. Entschäd. Off. u.  
2849 a.d. Gs. d. 3. erb.

Nehme Kind in Pflege  
oder auch als eigen an  
2857 Grunwaldzka 190.

**Erstklassiger Möbelpolierer**  
nimmt grb. Möbel  
zur Reparatur, Aufpolieren und Umbeizen an. Komme auch nach außerhalb, Strehlau, Bodg., ul. Ugory 14. 2884

**Berf. Schneiderin**  
empfiehlt sich in u. auf.  
d. Hause, auch a. Vand.  
Peterlona 12, Hof, W. 6.

**Kacheln**  
weiß und farbig,  
große Auswahl,  
billigste Preise.

**Chamotte-Steine**

**O. Schöpper,**  
Bydgoszcz — Zduny 9.

**Erfolgr. Unterricht**

i. Englisch u. Französisch  
erteilen L.u. A. Turba, Cieszkowskiego 24, 1 Izs.  
(früh. 11). Französisch-  
englische Überleitung.  
Langjähr. Aufenth. in  
England u. Frankreich.

**Bielitzer Stoffe**

direkt an Private,  
moderne Muster für  
Herren und Kinder-  
Anzüge. Erstklassige  
Rammgarne v. zl 19.  
per 1 m. Verlangt nur  
per Nachnahme. Ver-  
langen Sie kostenl. u.  
unverbindl. Muster  
von der Firma. 5887  
Wiktor Thomke,  
Bielsko - Kamienna.

5810

**Heirat**

Konserven - Fabrikant,  
Witwer, 50 Jahre, kath.  
alleinst. wünscht Damen  
bekanntlich mit solider  
Herren **zw. Heirat**

Off. u. Bild u. Gs. d. 3. erb.

5878

**„Postęp“**

behördl. genehm. Che-  
vermittlung. allestände.  
Bydgoszcz, Gdanska 67.

2882

**Offene Stellen**

**Lehrling**

mit gut. Schulbildung  
findet in ein. Getreide-  
Gesäftsf. off. Aufnahme.

Bewerb. m. Lebenslauf  
unter B. 5812 an d. Ge-  
schafts. d. Zeitg. erbet.

Zum 1. Oktober wird

die hiesige 5874

**zw. Heirat** Bild-

unt. A. 2869 a.d. Gs. d. 3.  
Diskretion Ehrenacht.

5874

**Lebenstelle**

frei. Bewerber, mögl.

mit einigen Vorkennt-

nissen, senden Lebens-

lauf an E. Hasbach.

Hermanow. pow. Starogard.

Suche a. Schulanfang

**Lehrerin**

für zwei Kinder (Unter-  
stufen) u. 3. Vorschul-  
Klasse) Bewerbungen  
erbitet Frau Ritter-  
ausch. Wallenst. 5881

Stupowo, bei Mrocza,

pow. Bydgoszcz. 5881

Suche von sofort ob.

1. 9. evang. ehrliches

**Stubenmädchen**

f. mittleren Gutshaus-

halt von 3 Person. 5881

Frau J. Zeidler.

Sublowy bei Tczew

(Sublow bei Dirschau).

5881

**Erstklassiger Heirat.**

Gef. Offert. u. B. 5656

a.d. Gs. d. Zeitg. erbet.

5881

**Erstklassiger evgl.**

**Mölferei-Schämmann**

18 J. selbstdändig im  
Fach, d. deutsch. u. poln.

Spr. in Wort u. Schrift

mächt. vertr. m. elektr.

Anlage, Trockenerei und

deren Reparaturen, im

Besitz d. Brennerlaubn.

übernimmt vom 1. 10.

als Berh. infolge Wirt-

schäftsänderung ande-

reitig Stellung. Empfehlungen vorhanden.

Gef. Off. u. B. 5877 an

d. Gs. d. Zeitg. erbet.

5881

Suche zum 1. 10. oder

später, gefügt a. gute

Zeugn. u. Empfehlung.

bei befreiden An-

sprüchen Stellung als

5881

**Gelernter Förster.**

29 Jahre, evang., in

ungefündigt. Stellung,

sucht veränderungs-

halber andere Stelle.

Gef. Off. u. B. 5664

a.d. Gs. d. Zeitg. erbet.

5881

**Obermüller**

28 J. alt., hersteller prima

Mehle, vertraut mit sämtlichen

Mädchen, im Beizte-

langjähriger Zeugnis,

sucht Dauerstellung.

Andreas Kotusz,

Tarnowo-Poda.

now. Poznań. 5821

a.d. Dt. Rundschaf.

5821

**Müller geselle**

25 J. evang., beider

Sprach. mächtig, sucht

Stellung von sofort

od. später. Erstklassige

Referenzen. Angebote

unter B. 5867 an die

Geschafts. d. Zeitg. erbet.

5821

Suche zum 15. August

Stellung als

5821

**Müller geselle**

25 J. alt., ungelündig.

ter Stellung, vertraut

mit sämtlichen Müllerei-

eintritten. J. Sobczyk.

Starogard (Pom.).

now. Parkowa 7.

5821

**Gelernter Chauffeur**

28 J. alt., verheirat.

Kann auch als Kavalier

ein treten. J. Sobczyk.

Starogard (Pom.).

now. Parkowa 7.

5821

**Gelernter Chauffeur**

28 J. alt., verheirat.

Kann auch als Kavalier

ein treten. J. Sobczyk.

Starogard (Pom.).

now. Parkowa 7.

5821

**Gelernter Chauffeur**

28 J. alt., verheirat.

Kann auch als Kavalier

ein treten. J. Sobczyk.

Starogard (Pom.).

now. Parkowa 7.

5821

**Gelernter Chauffeur**

28 J. alt., verheirat.

Kann auch als Kavalier

ein treten. J. Sobczyk.

Starogard (Pom.).

now. Parkowa 7.

5821

**Gelernter Chauffeur**

28 J. alt., verheirat.

Kann auch als Kavalier

ein treten. J. Sobczyk.

Starogard (Pom.).

now. Parkowa 7.

5821

**Gelernter Chauffeur**

28 J. alt., verheirat.

Kann auch als Kavalier

ein treten. J. Sobczyk.

Starogard (Pom.).

now. Parkowa 7.

5821

**Gelernter Chauffeur**

28 J. alt., verheirat.

Kann auch als Kavalier

ein treten. J. Sobczyk.

Starogard (Pom.).

now. Parkowa 7.

5821

**Gelernter Chauffeur**

28 J. alt., verheirat.

Kann auch als Kavalier

ein treten. J. Sobczyk.

&lt;p

Bromberg, Sonnabend den 12. August 1933.

## Pommerellen.

11. August.

Freie Alcohol-Kleinverkaufsstellen  
in Pommerellen.

Das Finanzamt für staatliche Akzisen und Monopole in Graudenz gibt folgende freie Alcohol-Kleinverkaufsstellen bekannt: Kreis Graudenz: Nehden (Radzyń) eine Stelle ohne Ausschank; Kreis Soldau: Skupie, Turza Bielka und Uzdowa je eine Stelle mit Ausschank, sowie in Płoszica eine Stelle ohne Ausschank; Kreis Löbau: Osietno und Pratnica je eine Stelle ohne Ausschank. Bewerbungen darum sind innerhalb 30 Tagen an das eingangs genannte Amt zu richten, und zwar unter Beifügung der nötigen Papiere. \*

## Graudenz (Grudziądz).

## Einen Abend deutscher Volks-Lieder und -Tänze.

gab die Ortsgruppe Graudenz des Verbandes deutscher Katholiken Mittwoch abend im Saale des „Goldenen Löwen“. Nach einigen einleitenden Worten des Vorsitzenden, Studienrats Dr. Bischoff, sang der Cäcilienverein unter Lehrer Eugen Peiker's Leitung vornehmlich alte deutsche Volkslieder aus dem 18. Jahrhundert. Lebensnah und stark, oft herb und schlicht in der Melodieführung, zeichnen sich diese alten Lieder durch selbständige Stimmführung aus.

Der zweite Teil des Abends brachte Volkstänze, ausgeführt von der Mädchengruppe und Mitgliedern des Gesellenvereins. Wie aus dem Leben und der Arbeit der Handwerker heraußgewachsen, mit Formen und typischen Bewegungen der Arbeit wurde als erster der Schneideranz vorgeführt. Höchst wiederholten sich das Einfädeln der Nadel, der höfliche Gruß, das fröhliche Hüpfen und die dauernde Hapt. Der folgende Weberanz brachte die Bewegungen des Webstuhles zum Ausdruck: das Hin- und Hergleiten des Schiffchens, das Einweben, Aufwickeln des Hadens usw. Den Tänzen reihten sich noch Vorträge des Männer-Doppelquartetts „Ein Heller und ein Bogen“ und „Wie's daheim war“ an.

„Du Großer, Unsichtbarer, du näherst dich uns wieder! Doch kämpfen noch müssen wir weiter für uns, um Platz für dich in des Volkes neuwerdenden Lebensformen“ — mit diesen Worten schloß der Vorsitzende den Festabend. \*

× Unglücksfall. Der Dammwärter Josef Wisniowski, wohnhaft in Parfsken (Parfski) bei Graudenz, war an der Weichsel damit beschäftigt, seine Pistole zu säubern, ohne sie vorher zu entladen. Die Waffe entlud sich und die Kugel drang dem Unvorsichtigen ins rechte Knie, wo sie stecken blieb. Der Verletzte wurde ins Graudenser Krankenhaus gebracht, wo die nötige Operation erfolgte. Das Befinden des Verwundeten ist nicht gefährdrohend. \*

× Die Feuerwehr wurde abends 7,15 Uhr nach dem Hause Herrenstraße (Parfska) 30 gerufen, wofür auf dem Dache ein Brand ausgebrochen war. Die Wehr vermochte in kurzer Zeit das Feuer zu unterdrücken. Der entstandene Schaden dürfte etwa 500 Zloty betragen. Über die Brandursache wurde festgestellt, daß aus dem Nachbargebäude von einem Ofen ein Rohr zum Schornstein auf das Dach des Hauses Nr. 30 führte. Aus dem wahrscheinlich nicht genügend gesicherten Rohr waren Funken auf das Dach des Hauses Nr. 30 geflogen und hatten gezündet. \*

× Fahrraddiebstahl. Karl Lorenz aus Michelau (Michałau) bei Graudenz wurde in der Fischerstraße (Rybaka) sein 120 Zloty Wert besitzendes Fahrrad entwendet.

## Thorn (Toruń).

## Die Wohnungseinbrüche

haben in letzter Zeit in ganz erschreckendem Maße zugenommen. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht ein oder mehrere Einbrüche gemeldet werden. Die Freiheit der Diebe geht jetzt schon so weit, daß sie selbst am hellen Tage und in den belebtesten Straßen ihrem „Handwerk“ nachgehen. Auch heute werden uns wieder zwei Fälle von mit großer Verwegenheit ausgeführten Wohnungseinbrüchen bekannt:

In einem Hause der Elisabethstraße verschafften sich Einbrecher zwischen 18 und 18.30 Uhr mittels Dietrichen Zugang zu der Wohnung des Dr. Golomboki, in der allein das Dienstmädchen anwesend war. Die Einbrecher durchsuchten, ohne daß das in der Küche sich aufhaltende Mädchen etwas bemerkte, die Wohnung und eigneten sich einen Barbetrag von 270 Zloty, sowie verschiedene Kleinigkeiten an. Zwei in der Wohnung zurückgelassene Koffer, in die die Einbrecher das vorgefundene Pelzwerk eingepackt hatten, lassen darauf schließen, daß die Täter von anderer Seite gestört wurden und unter Zurücklassung der vorbereiteten Koffer fliehen mußten.

Einen nächtlichen Besuch statteten Einbrecher in der Friedrichstraße (Warszawska) der Wohnung des Dr. Jakobson ab. Nachdem die Täter den Hofs Hund vergiftet hatten, drangen sie in die Wohnräume und stahlen dort eine goldene Uhr, sowie verschiedene ärztliche Instrumente. Die Täter sind in beiden Fällen unerkannt entkommen. Die Polizei leitete energische Untersuchungen ein, um den verwegenen Einbrechern das Handwerk legen zu können. \*\*

× Der Wasserstand der Weichsel erfuhr in den letzten 24 Stunden eine weitere Abnahme um 6 Centimeter und betrug Donnerstag früh bei Thorn 0,55 Meter über Normal. — Auf der Fahrt von Warschau nach Dirschau bzw. Danzig passierten die Stadt die Passagierdampfer „Francja“ und „Mars“, auf dem Wege von Warschau nach Graudenz passierte Schlepper „Atlantyl“ mit einem leeren Kahn. Die von Danzig bzw. Dirschau kommenden Passagierdampfer „Fredro“, „Mickiewicz“, „Halka“ sowie Schlepper „Chopin“, letzterer mit einem mit Buder und Mehl beladenen Kahn im Schlepp, passierten die Stadt auf der Bergfahrt nach Warschau. Der Dampfer „Herold“ machte zwei Passagiersfahrten nach Giechcinek. \*\*

× Achtung Hundbesitzer! Da tierärztlicherseits ein Fall von Hundetollwut im Bezirk der Stadt Thorn festgestellt wurde, ordnet der Stadtpräsident an, daß alle Hunde im Gebiet der Stadt Thorn festzulegen bzw. an der Leine zu führen und mit Maulkorb zu versehen sind. Ebenso ist die freie Umherlaufen von Hunden verboten. Hunde, die ohne Maulkorb und ohne an der Leine geführt zu werden, frei umherlaufend angetroffen werden, sowie frei umherlaufende Hunde werden getötet. Das Ausführen von Hunden aus dem bedrohten Gebiet ist nur mit Erlaubnis des Stadtpräsidenten, und zwar nur in dem Falle, daß die betreffenden Hunde vorher vom Kreisstierarzt untersucht und für nicht tollwutverdächtig befunden worden sind, gestattet.

× „Besinnungslos“ und in beklagenswertem Zustande kehrte Josef Swietlik, nachdem er bei einem in Stewken stattgefundenen Vergnügen zum Tanz aufgepielt hatte, in seine Behausung, Szosa Chelmńska 118, zurück. Beim Anblick des schwer Misshandelten eilte die Ehefrau sofort zur Polizei und erstattete Anzeige. Weder die Frau, noch der Mann können angeben, wer der Übeltäter war. Die Polizei ist bemüht, die betrunkene Geschichte aufzuklären. \*\*

× Chemann als Heiratschwandler. Der von den Gerichten in Graudenz und Thorn mehrfach vorbestrafte verheiratete Schuhmacher Alexander Duszynski aus Bromberg nahm kürzlich wegen Heiratschwindsels auf der Anklagebank des Thorner Bürgergerichts Platz. Der Angeklagte verließ seine Frau und machte sich auf die Reise. Im Januar d. J. machte er in Thorn die Bekanntschaft mit einem Dienstmädchen, dem er die Ehe versprach. Er verstand es, seiner „Verlobten“ unter allerlei Vorstreuungen 50 Zloty und die Uhr abzunehmen. In der Verhandlung sagte der Angeklagte aus, daß er ohne Arbeit war und daß er mit dem Gelde eine Werkstatt eröffnen wollte. Mit Rücksicht auf die Vorstrafen des Angeklagten erkannte das Gericht auf ein Jahr Gefängnis und verfügte die sofortige Haftierung. \*

× Die „Schneiderin“ Maria Nawrocka, die kürzlich aus einer Wohnung ein Handtäschchen mit 26 Zloty Inhalt entwendete, wurde von der Polizei verhaftet und dem Bürgergericht zugeführt. \*

× Weitere Mitglieder der Gramischener „Kohlen-Großhandels-Gesellschaft“ vor Gericht. Wegen der seinerzeit systematisch verübten Kohlendiebstähle von den Waggons der auf der Strecke Thorn-Schönsee (Kowalewo) verkehrenden Transitzüge nahmen dieser Tage weitere 14 Personen vor dem Thorner Bürgergericht auf der Anklagebank Platz. Während 4 der Angeklagten sich wegen Diebstahls von 60 Zentnern Kohlen zu verantworten hatten, waren die übrigen Angeklagten wegen des Erwerbs der gestohlenen Kohlen angeklagt. Nach durchgeföhrter Verhandlung verurteilte das Gericht: Szymon Widliński zu 5 Monaten, Mieczysław Skonieczny, Leon Gorzewicz und Jan Kuliniński zu je 3 Monaten Gefängnis. Die mitangeklagten Abnehmer, die für die schwarzen Diamanten 2,30 Zloty pro Zentner bezahlten und angeblich nicht wußten, daß dieselben aus Diebstählen herrührten, sprach das Gericht frei. \*

× Wer ist der Eigentümer? Bei der Kriminalpolizei befindet sich ein hellbraunes ledernes Damenhandtäschchen, das von dem rechtmäßigen Eigentümer in Empfang genommen werden kann. \*\*

ch Berent (Koscierzyna), 9. August. Zum Starosten des Kreises Berent ist Herr Marian Turkowski ernannt, der die Amtsgeschäfte bereits übernommen hat.

In Konarzyn wurde durch Vilhelmslag die 22jährige Sophie Klaman auf dem Felde gestellt, als sie in einer Getreidesteige Schutz vor dem Regen gesucht hatte.

Gestohlen wurden nach Ausheben einer Fensterscheibe aus dem Keller bei Konrad Bolduan in Berent 14 Flaschen Fruchtgeist und 10 Pfund Honig, dem Ackerbürger Johann Groß vom Felde etwa 2½ Zentner gedroschener Roggen.

Infolge fehlerhaften Schornsteins ist in Alt-Kischau das Wohnhaus des Besitzers Jetke mit dem Mobiliar abgebrannt.

× Gdingen (Gdynia), 10. August. Ein schweres Autounfall ereignete sich gestern auf der Chaussee unweit der Stadt. Aus bisher nicht festgestellter Ursache fuhr das Personenauto des W. Kubarski gegen einen Baum. Der Chauffeur A. Kiedrowski wurde schwer und die beiden Insassen leicht verletzt.

Überfallen wurde im nahen Walde die 20jährige Irene Wisniowska, der zwei unbekannte Täter die Handtasche mit etwa 20 Zloty entrissen, nachdem sie die Genannte zu Boden geschlagen hatten.

Feuer entstand heute infolge Unidichtigkeit des Schornsteins im Hause des Wiktor Sikora. Dank schneller Hilfe konnte der Brand bald gelöscht werden. Der entstandene Sachschaden beträgt etwa 400 Zloty.

Bei der Arbeit verunglückte der Arbeiter Franz Ewald, dem durch eine Hebeleine die rechte Hand abgerissen wurde. Der Unglückliche wurde in bedenklichem Zustand ins Krankenhaus gebracht.

× Gohlshausen (Fabianowo), 10. August. Infolge der Ernte war der gestrige Wochenmarkt nur mäßig besucht und besucht. Für Butter wurde 1,20–1,30, Molkebutter 1,40 gezahlt. Das Angebot von Eiern war verhältnismäßig recht groß und wurde pro Mandel 0,80–0,90 verlangt. Für Kartoffeln wurden 3–3,50 pro Zentner verlangt. Der Schweinemarkt war ebenfalls mäßig besucht. Für Fettswine wurden 50–55 Zloty pro Zentner, für Baconswine 43–45 Zloty gezahlt. Absatzkäfer brachten das Stück je nach Qualität.

Nach etwa vierwöchentlicher Ehe spurlos verschwunden ist ein Besitzer aus Bok bei Gohlshausen. Es wird vermutet, daß er Selbstmord begangen hat.

× Konitz (Chojnice), 10. August. In Müskendorf kenterte infolge einer einschenden Welle ein mit 6 Insassen besetztes Boot. Das Unglück wurde glücklicherweise sofort bemerkt und konnten die Boottsinassen sich bis zum Eintreffen der Hilfe an dem Boot festhalten; sie wurden alle gerettet.

In Rakelwiz stahlen unbekannte Diebe Frau D. Miele 27 Hähne.

Der alte evangelische Friedhof wird auf der Ostseite an Stelle des schadhaft gewordenen Bretterzaunes mit einer neuen massiven Mauer versehen. Diesen Umstand machen sich ruchlose Hände zunutze und demolieren 8 Grabkreuze und Tafeln, indem sie letztere abriß und die Kreuze umwarzen. Ebenso stahlen die Täter die Blumen von den benachbarten Gräbern. Der Vorfall wurde der Polizei gemeldet.

× Lautenburg (Bibzark), 10. August. Ein Unfall ereignete sich in diesen Tagen in der ul. św. Jana in der Nähe der Molkerei. Der Student Heinrich Czerniakowski aus Thorn fuhr auf seinem Rad zu seinem Freund nach Gr. Tauersee (Wielka Turza) zu Besuch. Beim Einbiegen in die ul. św. Jana brach die Kabel am Borderrad, er stürzte aufs Plaster und blieb besinnungslos liegen. Beim Sturz zog er sich erhebliche Verletzungen am Kopf, Armen und Beinen zu. Beide dieses Unfalls war der Molkereipächter Klossa, der dem Unglücklichen die erste Hilfe angeboten ließ, indem er ihn mit eigenem Fuhrwerk zum Arzt Dr. Kurzeczkowski brachte. Erst nach zwei Stunden erlangte der Verunglückte die Besinnung wieder.

## Juristische Rundschau.

## Die Abgaben der Automobilbesitzer für den Wegebaufonds.

(Von unserem Warschauer Gerichtsberichterstatter.)

Eine für Autobesitzer wichtige Entscheidung, betreffend die Gebührenpflicht für die Straßenbenutzung zu gunsten des „Państwowy Fundus Drogowy“, traf das Oberste Verwaltungsgericht.

Das Gesetz vom 3. Februar 1931 über die Schaffung eines Staatalen Wegebaufonds bestimmt in Art. 11, daß die Abgaben für diesen Fonds im voraus in vierteljährlichen Raten zu entrichten seien. Im den Fonds verwaltende Behörde steht auf dem Standpunkt, daß die vierteljährliche Ratenzahlung verpflichtend sei unter allen Umständen, das heißt, daß die Ratenzahlung in allen Fällen voller vierteljährliche Zeitabschnitte zu umfassen habe, ohne Unterschied, ob die Abgabenpflicht mit Beginn und Ende des Vierteljahrs entstanden ist resp. geendet hat, oder ob nach Beginn, resp. vor Ende des Vierteljahrs entstanden ist, resp. geendet hat.

Diesen Standpunkt bestreiten die Automobilbesitzer (bekanntlich handelt es sich hier um Personen, Lasten oder andere Automobile), die die Abgabenpflicht kalendermäßig nach Tag, Woche und Monat, während welcher das Automobil in Betrieb war, berechnet wissen wollen.

Diesem Anspruch der Automobilbesitzer erkannte auch das Oberste Verwaltungsgericht vollkommen Recht begründend zu. Und zwar stützt sich das Oberste Verwaltungsgericht sowohl auf das Gesetz selbst, wie auch auf die Ausführungsverordnung. Die Bestimmung des Art. 11, auf welche sich die Behörde beruft, habe für die Begründung des Standpunktes der Behörde keinerlei Bedeutung. Sie sehe zwar die vierteljährlichen Ratenzahlungen fest, wobei bestimmt wird, daß die Ratenzahlungen mit dem der Inbetriebnahme des Automobils darauffolgenden Vierteljahr beginnen, bestimmen aber andererseits, daß Beginn und Ende der Abgabenpflicht mit dem Momente der Inbetriebnahme und mit dem Momente der Außerbetriebnahme des Automobils datieren. Also nur der tatsächliche Zeitraum der Abgabenpflicht sei für den Umfang der Abgenenentrichtung maßgeblich, was übrigens auch aus den Bestimmungen der Ausführungsverordnung sich ergebe, deren §§ 8 und 10 auch die Abgabenberechnung nach der Anzahl der Tage vom Tage der Inbetriebnahme des Automobils bis zum Fälligkeitstage der Ratenzahlung in denjenigen Fällen vorsehen, in denen die Abgabenpflicht nach Beginn der Vierteljahresfrist entstanden ist.

Aus diesen und anderen Bestimmungen der Ausführungsverordnung, die auf den gleichen Sinn des Art. 11 des Gesetzes hinweisen, lasse sich mit Klarheit feststellen, daß unbefriedet der vierteljährige Ratenabschlag, die zu zählen seien, die rechtliche Abgabenpflicht nur den Zeitraum umfassen könne, in dem das Automobil tatsächlich in Betrieb war. Wird der Betrieb vor Ablauf des Vierteljahrs eingestellt, so seien die entsprechenden Zeitbezüge, die über diesen Zeitraum hinaus entrichtet worden waren, dem Abgabenverpflichteten zurückzuverstellen. (Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes vom 28. Mai 1933 Reg.-Nr. 188/32 und 618/32 – 615/32.)

Unsere Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlich auf die „Deutsche Rundschau“ beziehen zu wollen.

## Graudenz.

## Schüler finden

Kowalski, Staszica, 1 Sr.

5830

Privat-Unterricht im

Zeichnen u. Malen

ext. zu billigen Preisen

Franowksi, Jad. Maler,

3go maja 15 1934

Über Buchführung

nehme

in u. außer dem Hause,

auch in poln. Sprache.

Roesi Schülke,

ul. Kempawa 5. 1934

Musikunterricht erteilt

Karl-Julius Meissner,

Mickiewicza 29.

Wenn bis  
nachmittags 3 Uhr  
die Anzeigen-Aufräge für die „Deutsche Rundschau“ bei der Hauptvertriebsstelle

Arnold Kriedte, Mickiewicza 3

aufgegeben werden, können die Anzeigen bereits in der am nächsten Tage

nachmittags 4 Uhr zur Ausgabe gelangenden

Nummer erscheinen.

Die „Deutsche Rundschau“ ist die verbreitetste deutsche Zeitung in Polen. Sie wird in allen deutschen u. vielen polnisch-Familien gelesen. Anzeigen und Reklamen jeder Art finden daher die größte Verbreitung und verbürgen guten Erfolg.

Deutsche Rundschau in Polen.

## Thorn.

## 700 Jahre Thorn!

Geschmackvolle und praktische

Andenken- und Geschenk-Artikel

Thorner Industrie-Erzeugnisse

Neue Künstler-Photos

20 neue Stadtansichten

Aufsichtsdruck-Büchertaten

Alben von Thorn

u. s. w.

Ständige große Ausstellung.

Justus Wallis, Papierhandlung

Szerota 24. Toruń Geg. 1933.

# Das Echo der Danziger Presse auf die Rauschning-Rede.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Der "Vorposten", das nationalsozialistische Organ, schreibt u. a.:

Was bisher nie eine Danziger Regierung tun konnte, das vermag der nationalsozialistische Senat, Polen klar und offen entgegenzutreten und Danzigs verbrieften Rechte zu wahren, ohne dabei Polen und das Recht der polnischen Minderheit in Danzig zu verleihen. Unmissverständlich legte der Präsident Danzigs ewige Deutschtum dar, aber ließ auch keinen Zweifel daran, daß das heutige Danzig bereit ist, von sich aus durch direkte Verhandlungen mit der Republik Polen sein Teil zur Vereinigung der Ostpolitik und damit zur Klärung der gesamten osteuropäischen Lage nach Kräften beizutragen.

Die "Danziger Neuesten Nachrichten" schreiben: Ein anderes Denken wird sichtbar. Das Bekennen zu den Grundsätzen des beiderseitigen Volksstums und die Konsequenzen, die sich hieraus ergeben haben für die bedeutsame Erweiterung der Rechte der polnischen Minderheit in Danzig, lassen den Rahmen erkennen, in dem der Schritt Danzigs zu einer Verständigung mit Polen eingerichtet ist. Dieser Schritt... will dientbar sein der großen Gesamtidee der politischen und wirtschaftlichen Befriedigung des europäischen Ostraums... Eine solche Haltung kann nur der zeigen, der, wie die nationalsozialistische Regierung sich in seinem Volksstum unbewußt fühlt. Einer solchen Haltung des freiwilligen Bekennens und der Ablegung der Vorbehalte muß allerdings auch von der anderen Seite her eine gleiche Freilegung des Weges entsprechen... Maße und Maß der Bugeständnisse, die die nationalsozialistische Regierung bereitwillig ausgesprochen hat, werden ihre Bedeutung erhalten durch das Was und mehr noch durch das Wie, durch den Geist, mit dem Polen dieser Freimütigkeit begegnet. Das Tor des Friedens des mitteleuropäischen Ostraums ist durch Danzig mit diesem Schritt geöffnet worden. Der Ernst, mit dem Dr. Rauschning auf die Wirkungen hinwies, wenn der hier unternommene Versuch einer großzügigen Verständigung von der anderen Seite her verfehlt wird, spricht für sich selbst.

Die deutsch-nationale "Danziger Allgemeine Zeitung" spricht von der Einleitung einer Befriedigung des Osten. Wenn Danzig zur Errichtung dieses Ziels Opfer gebracht hat, die nicht unterschätzt werden sollten, so dokumentiert es damit die Aufrichtigkeit seines Willens, mit Polen im Rahmen der bestehenden Verträge zu einer Verständigung zu kommen. Wir knüpfen daran die Hoffnung und Erwartung, daß Polen den Sinn und Geist, aus dem heraus Danzig übermals die Hand zum Frieden geboten hat, voll zu würdigen wissen und auch an seinem Teil alles tun möge, um die künftige Zusammenarbeit mit jenem Geist zu erfüllen, durch den erst die geschlossenen Pakte Wert und Leben erhalten.

Das Zentrumorgan, die "Danziger Landeszeitung", fordert, daß angefachtes der Größe und Bedeutung der Danziger Aktion jede kleinliche Kritik scheltern müsse: Hier ging es um das großzügige Wagnis einer neuen von der Mehrheit des Volkes gefragten Regierung, mit neuen Mitteln, unter neuen Ideen, auf neuen Wegen eine unerträglich und gefährlich gewordene Spannung zwischen zwei selbständigen Staaten gebildet, die wirtschaftlich aufeinander angewiesen und vertraglich miteinander verknüpft sind, zu befreien und zumindest um ein Brüderlichkeit zu mildern! Das Blatt stellt dann fest, wie weitzügig und sofort über die Grenze des Möglichen hinausgehend die Danziger Regierung in der Schul- und Sprachenfrage den polnischen Wünschen Rechnung getragen habe. Es wird nun an Danzigs Partner, an Polen, liegen, diese letzten großen Versuch Danzigs, zu einer Danzig-polnischen Verständigung auf einer wirklich großzügigen Basis zu kommen, das von seiner Seite hinzufügen, was notwendig ist, um diesen Abmachungen und den Folgerungen, die sich daraus ergeben, jeden einseitigen Charakter zu nehmen."

## Befriedigung in Warschau und Berlin.

Die Rede, die Senatspräsident Dr. Rauschning im Volkstag über die polnisch-Danziger Beziehungen gehalten hat, ist mit Ausnahme des sozialistischen "Robotnik" von der polnischen Presse aller Schattierungen, soweit sie sich bis jetzt mit diesem Thema beschäftigt hat, mit der größten Genugtuung aufgenommen worden. Die Meinung der Warschauer Regierungskreise über diese Rede dürfte die "Gazeta Polska" widerspiegeln, die in einem Aufsatz unter der Überschrift "Der Verwirklichung entgegen" u. a. folgendes schreibt:

Die Rede des Senatspräsidenten Dr. Rauschning orientiert eine aufmerksame und sympathische Beachtung. Freilich könnten wir uns nicht mit allen Thesen und nicht mit allen Formulierungen ohne Vorbehalte einverstanden erklären. Gewisse Traditionen des gestrigen deutschen Danzig haben ihre Spuren in der Psyche und dem Ausdruck des heutigen Repräsentanten der Freie Stadt hinterlassen. Aber der grundsätzliche Ton der Rede, die grundsätzliche Richtung des Gedankenganges des Herrn Rauschning muß als eine günstige und erwünschte Erscheinung anerkannt werden. Das Zusammenleben Polens und Danzigs, das Bestreben nach einer Verständigung und des gegenseitigen Verstehens, die Suche nach gemeinsamen Interessen, die Vermeidung von Reibungsflächen — das ist sicher der richtige Weg, den Danzig auf der Suche nach Wohlstand und Frieden beschritten hat. Dies ist der einzige Weg für Danzig, das um seine Entwicklung und Zukunft besorgt ist.

Dies ist aber auch der traditionelle Weg Polens, der nemals mehr fordert als die Achtung seiner guten Rechte.

Es muß aufrichtig betont werden, daß Herr Rauschning in der Behandlung des Problems (des Verhältnisses zwischen Danzig und Polen) nicht allein mehr Verstand, sondern auch bedeutend mehr Mut aufgebracht hat, als irgend jemand seiner Vorgänger. Zum ersten Mal hat über die Erklärungen des offiziellen Vertreters der Danziger Bevölkerung die Wirklichkeit statt der Demagogie gesprochen. Die Wirklichkeit sagt, daß trotz der kulturellen Gemeinsamkeit mit dem deutschen Volke, was in Polen

niemand zu negieren die Absicht hat, die Geschichte Danzigs wirtschaftlich und dadurch in bedeutendem Maße auch politisch unzertrennbar mit der Republik Polen verknüpft sind. Diese Wahrheit muß die Grundlage des Gesamtkomplexes der gegenseitigen Beziehungen sein. Wer sie anerkennt, muß durch die Logik der Sache selbst zu leichten, einfachen und sowohl den Interessen Polens, als auch vor allem den Interessen Danzigs günstigen Lösungen kommen. Wer sie nicht begreift, muß aus den polnisch-Danziger Beziehungen eine Quelle andauernden und sinnlosen Konfliktes machen, der gerade für diejenigen am schädlichsten ist, die ihn hervorrufen.

Herr Rauschning geht in seinen Erwägungen über Polen und Danzig hinaus, indem er sich bemüht,

die Danziger Probleme als einen Probierstein der polnisch-deutschen Beziehungen zu erfassen.

Es gibt allerdings keine rechtlichen Grundlagen dafür, diese Frage in ein solches Fahrwasser zu leiten. Doch die politische Wirklichkeit rechtfertigt in einem gewissen Maße die Ansicht des Herrn Rauschning. Denn es ist zweifelhaft, ob die Einstellung der Berliner politischen Kreise bis jetzt einen bedeutenden Einfluß auf die Linie der Danziger Schritte ausgeübt hat. Sollte in der Tat eine Annäherung und Zusammenarbeit Danzigs mit Polen positiv auf die Gestaltung der Beziehungen zwischen der Republik und ihrem westlichen Nachbarn einwirken, so würde die polnische Meinung dies mit der größten Befriedigung begrüßen. Denn seit Jahren strebt die Republik nichts anderes an als das korrekteste Zusammenleben mit seinen Nachbarn, sowohl im Osten als auch im Westen, auf Grund der verpflichtenden Abkommen und Traktate. Dort, wo diese Ansicht ohne eine reservatio mentalis geteilt wird, wovon Herr Rauschning erwähnte, dort wird die Befriedigung und die Herstellung eines wohlwollenden Zusammenlebens mit Polen keine Schwierigkeiten bereiten.

Bei der allgemeinen Beurteilung der Rede des Herrn Rauschning sowie des Zustandekommens der provisorischen Abkommen zwischen den Vertretern Polens und Danzigs muß man seiner Befriedigung über den bisherigen Verlauf des Problems und der Hoffnung Ausdruck geben,

dass die Zukunft diese günstigen Anfänge nicht vernichten und auch nicht einschränken möge. Wir sind der Meinung, daß diese Hoffnungen nicht trüger werden, da die Grundlagen der gegenwärtigen Entspannung der Beziehungen zwischen Polen und Danzig nach unserer Ansicht in der nüchternen Beurteilung der realen Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Kräfte liegen. Die Wirklichkeit aber ist immer die einzige Basis, auf der man etwas Dauerhaftes bauen kann.

## In Berliner politischen Kreisen

wird das zwischen Danzig und Polen abgeschlossene Übereinkommen als ein außerordentliches Entgegenkommen der Danziger Regierung gewertet. Die Verpflichtung, vorläufig auf die weitere Verfolgung der Streitfrage über die Ausnutzung des Danziger Hafens vor dem Haager Gerichtshof zu verzichten, sei ein außergewöhnlicher Beweis für den ernsten Willen der Danziger Regierung, eine gute Zusammenarbeit mit Polen zu erreichen. Ein solches Entgegenkommen könnte aber selbstverständlich nur an die Voraussetzung gebunden sein, daß es wirklich zu einem für beide Teile extraglichen modus vivendi kommen wird.

## Die Partie dem Völkerbund übermittelt.

Wie aus Genf gemeldet wird, hat der Völkerbund-Kommissar der Freien Stadt Danzig dem Generalsekretär des Völkerbundes den Text der zwischen Danzig und Polen zustandegekommenen Übereinkommen vom 5. August übermittelt, und zwar über die Benutzung des Danziger Hafens durch Polen sowie über die Behandlung der polnischen Staatsangehörigen und anderer Personen polnischer Herkunft und Sprache auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig.

In Völkerbundkreisen schreibt man den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen vor allem den Bemühungen des Danziger Senatspräsidenten Dr. Rauschning zu.

ganze Elsass erfassen könnte. Die Stimmung ist auf jeden Fall noch sehr scharf.

Aber gleichgültig, wie dieser Wirtschaftskampf ausgebettet wird, ob die Arbeitnehmer oder die Arbeitgeber siegen, oder ob das Arbeitsministerium in Paris den Zwist auf schiedsrichterlichem Wege aus der Welt schafft, das Eine kann festgestellt werden: Frankreich hat sich bei dieser Auseinandersetzung nicht mit Ruhm bekleidet. Es hat unendlich dumme gehandelt, für den Augenblick dumme und noch mehr auf weite Sicht. Seine strengen Maßnahmen, der rücksichtlose Einsatz der Gendarmerie auf einem Boden, der mit dem feinsten Gefühl behandelt werden will, vor allem aber die unerhörte Drohung mit den Schwarzen, die Weiße zur Raison bringen sollen, wird man in Straßburg so schnell nicht aus dem Gedächtnis verlieren. An den faulen Löder Deutschland ist an allem schuld! heißt heute auch im Elsass kein Bartsch mehr. Die Franzosen mögen zuschauen, wie sie die Porzellanscherben zusammenkitten!

G. J. L.

## Straßburg, o Straßburg!

Streik, Barricaden, Straßenschmutz, Senegalneger und — natürlich: Deutschenheze.

In der wunderschönen Stadt Straßburg sieht es augenblicklich sehr schlimm aus, ganz anders als wunderschön. Der Streik tobte durch die Straßen und Arbeitsplätze dieser alten deutschen Stadt, er tobte in wilden Formen, und die Straßburger müssen alle Folgen eines solchen Wirtschaftskrieges ausstehen. Mit einer der übelsten ist das Versagen der Straßenreinigung. Im Gegensatz zu den urfranzösischen Städten genießt Straßburg sonst den Ruf allergrößter Sauberkeit; nun aber lag der Schmutz tagelang in den offenen Straßen — und was das heißt, wenn der Tagesstern 20 und noch mehr Schattengrade vom Himmel brennen, kann man sich leicht ausmalen —, bis schließlich die Feuerwehr zu Hilfe gerufen werden mußte, damit sie die Straßen sauber spritzen. Und das ist nur ein Beispiel von vielen.

Verhandlungen gehen hin und her, zwischen den Straßburger Stellen, aus dem übrigen Elsass nach Straßburg, von Straßburg nach Paris. Der Generalstreik soll vermieden werden, die Ausbreitung in das Elsass — Mühlhausen streikt auch schon — soll eingedämmt, der Streik in der elsässischen Hauptstadt selbst soll beigelegt werden. Aber noch verschärft sich die Lage von Tag zu Tag, ein Ende des Kampfes ist noch nicht abzusehen. Um die Sicherheit aufrechtzuerhalten, schickt Paris mehr Militär in die Stadt. Frankreich könnte sich im deutschen Elsass nicht würdiger und treffender repräsentieren als dadurch, daß es ausgerechnet Senegalneger nach Straßburg sandte. In der vernigerten Hauptstadt Frankreichs hat man offenbar jedes Gefühl für die Schändlichkeit des Verfahrens verloren, selbst gegen die eigenen Staatsbürger, "Vollgenossen" — "Compatriotes" nennt man sie gar in Paris, Soldaten minderer Rasse, Hilfspolizei farbiger Haut einzufügen. Die Straßburger werden den Parisern diesen herausfordernden Sündenfall wider Rasse, Vernunft und Anstand nicht so sehr bald vergessen.

Oder sehen die Franzosen nicht mehr in den Elsässern ihre vielgeliebten Landsleute, sind ihnen doch die Elsässer noch nicht würdig genug für die Mitgliedschaft der Grande Nation, so daß ihrer Gesinnung durch etwas schwarze Erziehung nachgeholt werden muß? Die Freude, die sich 1918 "Befreier" und "Befreite" voneinander versprachen, haben sie jedenfalls nicht aneinander erlebt. Recht hat die große Menge der Elsässer behalten, die vor dem "Glück der Wiedervereinigung" warnte, und von den Jubilierenden des französischen Einmarsches ist mancher sehr kleinlaut geworden. Französische Überheblichkeit und das am bretonischen, välimischen, corsischen, katalanischen und baskischen Beispiele sattsam erwiesene Ungeschick, mit den Gaußvölkern, den Minderheiten umzugehen, haben das Missverhältnis zwischen Paris und Straßburg immer weiter verschärft. Als Blitzableiter aller Sünden und Fehler mußte immer das Deutschstum dienen, anfanglich mit Erfolg, heute aber zieht der alte Gaul nicht mehr. Sowar versucht Frankreich ihn immer und immer wieder einzuspannen, aber er läuft im Dreck, was im Dreck steckt, und die Elsässer haben darüber helle Ohren und scharfe Augen bekommen.

Selbstverständlich sind es auch beim Streik wieder die Deutschen! „Alles deutsche Mach!“ schreibt der "Tempo", und die anderen beten: nein, schreien es nach. Aus harmlosen deutschen Reisenden, die man in Straßburg festgenommen hat, macht die Presse gleich Nazis, welche die Schaufeln zum Barricadenbau aus Stuttgart mit nach Straßburg gebracht hätten. Ihre Schuld ist, daß sie den Streik beim Bau der Barricaden hätten behilflich sein wollen! — nicht etwa: geholfen hätten, und dafür verurteilt am Dienstag das Gericht in Straßburg einen von ihnen zu drei Wochen, drei zu acht Tagen Gefängnis und außerdem alle vier zu je 50 Franken Geldstrafe! Nur der Kuriosität wegen sei eine Meldung des Wiener Regierungsbüroblattes "Reichspost" wiedergegeben, das gleich fünfzig als Kommunisten verhaftete Nazis in Straßburg hat verhaften lassen, — von denen freilich selbst die Franzosen nichts wissen.

Die Verhandlungen über das Ende des Streikes gehen in Paris weiter, man rechnet damit, daß in der kommenden Woche die Entscheidung fällt, und hofft, daß dann Streik, Belagerungszustand, Militärschutz und dergleichen geordneten Verhältnissen wieder Platz machen werden. Vielleicht aber rechnet man auch mit einer weiteren Verstärkung der Streitlage, ja sogar mit einem Generalstreik, der das

## Rundfunk-Programm.

Sonntag, den 13. August.

Deutschlandsender.

06.15: Hafenzkonzert. 08.00: Stunde der Scholle. 08.55: Morgensei. 09.30: Für die Landfrau: Erntebändne — Erntelieder. 11.00: Hans Schwarz: Aus "Götter und Deutsche". 11.15: See-wetterbericht. 11.30: Zur Unterhaltung: Im Dorfrug. 12.00: Von Breslau: Konzert. 13.00: Konzert. 14.00: Stunde der Hitlerjugend. 15.00: Vom Leid der stummen Kreatur. 15.30: Kinderkunde. 16.00: Unterhaltungskonzert. 16.30: Aus dem Ossebad Swinemünde: Unterhaltungskonzert. Zur-Ode. Zug: Bruno Eichardt. 1. Blankenburg: Germanenblut. 2. Leuchner: Holzpolus. Lustige Ova. 3. Winterfeld: Jugendinnerungen, Walzer (Solist: Bifi von Winterfeld). 4. Urbach: Orte-Erinnerungen. 5. Paul Scheinpflug: Nocturne für Solovioline mit Orchesterbegleitung (Solist: Bifi von Winterfeld). 6. Smetana: Tanz-Suite aus "Die verlauste Braut": a) Polka; b) Furian; c) Tanz der Komödianten. 7. Schmalthöf: Liebesromane. 8. Lenchner: Volksgesicht, große Fantasie über slowische Motive. 9. Joh. Strauss: Künstlerleben, Walzer. 18.00: Von Langenberg: Deutsche Leichtathletikmeisterschaften. 18.30: Eberhard König liest aus eigenen Werken. 19.00: Deutsche Volkslieder. Berliner Kammerchor. Zug: Walde-Favre. 19.30: Im Schmelztagel der Chromosomen: Pflanzenzüchtung und Wirtschaftskampf. 20.00: Zur Jubiläums-Funkausstellung. Heinz Gelhar: "Die Halle 3". 20.15: Dorfkirmes. Ein großer bunter Abend mit Szenen vom August Hinrichs. 22.00: Nachrichten, Sport. Auftr.: Deutsche Tagfeier auf der Weltausstellung in Chicago (Aufnahme). — Progr. 1. bei Berlin, 19.45. 22.45: See-wetterbericht. 23.00: Gebietsführer spricht zu seinen Kameraden in Österreich. Anschl.: Von München: Nachrichten. Breslau-Gleiwitz.

06.15: Hafenzkonzert. 10.00: Evangelische Morgensei. 12.00: Konzert. 15.00: Kinderfunk. 15.40: Behagliche Geschichten von Schmugglern und Schelmen. 16.00: Vom Dachgarten des Hotels "Drei Berge" in Hirschberg: Konzert. 18.00: Otto Weber-Krohse: Landwirtschaftliche und sozialistische Politik des Orients. 18.20: Alte und neue Musik auf der spanischen Gitarre. 18.30: Adolf Dickfeld: Borschau auf die Funkausstellung in Berlin. 19.00: Wetter. 19.45: Von Langenberg: Deutsche Leichtathletikmeisterschaften. 20.00: Aus dem Schloßhof zu Breslau: Bläser-Serenade. Mitgl. d. Schles. Philharmonie. Zug: Franz v. Geißlin. 21.10: Volksstümliches Konzert. 22.30: Von Chicago: Deutsche Tagfeier. 22.30—00.30: Von Berlin: Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

06.20: Konzert. 08.00: Katholische Morgensei. 12.00: Konzert aus Sopot. 15.00: Liederstunde. 16.00: Unterhaltungskonzert. 19.40: Aus des Knaben Wunderhorn. 20.15: Abendkonzert. 22.30—23.30: Deutsche Tagfeier von der Weltausstellung in Chicago.

Leipzig-Dresden.

06.20: Hafenzkonzert. 08.20—09.00: Katholische Morgenandacht. 11.30: Der Dichter und sein Wolf. 12.00: Von Breslau: Konzert. 14.35: Volkslieder und volkstümliche Gejüngre für Männerchor. 15.10: "Vom deutschen Land und deutschen Volk". Volkslieder in landwirtschaftlichen Bildern. 15.20: Unterhaltungsmusik. 16.45: Wir werden heiraten! Eine Hörgesinnung um die Geschäftshilfe von Liza Heiß. 17.00: Sonne überall! Lautenlieder, vertont und gesungen von Edmund Barczyk. 17.30: Meister Andrea. Lustspiel von Emanuel Geibel. 20.00: Von Dresden: "Wir Sudebenische! Eine Hörgesinnung von Moritz Durach und Hans Christoph Staegel. 21.10: Von Dresden: Konzert. Dresdener Orch. 22.30: Nachr. Auftr. bis 24.00: Von Berlin: Tanzmusik.

Warschau.

11.00: Von Wien: Festkonzert. 12.50: Schallplatten. 13.00: Aus der Philharmonie: Konzert. Orchester und Solisten. 15.20: Schallplatten. 16.30: Lieder. 17.30: Rupert. 17.15: Gemeinschaftsfeier Warschau und Wilna: Volksstümliches polnisches Konzert. 18.00: Schallplatten. 20.00: Orchesterkonzert mit Gesang. 21.00: Von Lemberg: Heitere Veranstaltung. 22.00: Tanzmusik. 22.45: Tanzmusik.

## Italien kommentiert Revisionsklausel des Viermächtepaktes.

Der auf die Revision der Friedensverträge abzielende Artikel 2 des Viermächtepaktes, der, auf Wunsch Frankreichs, den Vorbehalt enthält, daß bei der Behandlung dieser Frage auf die regulären Organe des Völkerbundes Rücksicht zu nehmen sei, ist sofort nach Unterzeichnung des Vertrages Gegenstand einer dem Sinn der Revision wenig günstigen Auslegung in der französischen Presse gewesen. Jetzt äußern sich italienische Zeitungen recht deutlich über diese Verluste, den Sinn des Artikels 2 umzubiegen. Die "Stampa" wirft der französischen Presse unverblümmt vor, es sei ihr Ziel, über diesen Punkt, der für die Anwendung des Paktes von Rom entscheidend sei, Verwirrung zu stiften. Man könne daraus nur schließen, daß es zur Zeit noch verfrüht wäre, das Revisionsproblem dem Völkerbund zu unterbreiten. Die Genfer Versammlung werde zu gegebener Zeit eingeladen werden, sich zu den Vorwürfen zu äußern, die die interessierten Regierungen beschlossen haben würden, ihr vorzulegen. Es habe aber keinen Zweck, den Wagen vor die Ochsen zu spannen und nach Genf Fragen zu tragen, die noch nicht reif seien.

Die "Stampa" macht diese Ausführung im Zusammenhang mit den ungarischen Revisionswünschen. Es ist aber klar, daß sie von grundsätzlicher Bedeutung für die italienische Auffassung zur Revisionsfrage überhaupt, die ja auch uns interessiert, sind.

## Herriot zum Viermächtepakt.

Während sich der frühere französische Ministerpräsident Herriot schon auf der großen Reise nach der Türkei und Russland befindet, veröffentlicht die in Lyon erscheinende Zeitung "Democrate" einen Aufsatz Herriots zum Viermächtepakt, in dem er gegen Mussolini, der sich mit Recht für eine Rangordnung der Nationen einsetzt, den Gedanken der internationalen Demokratie verteidigt. Herriot als Anti-Mussolini — das geht natürlich nicht ohne leise Komik ab. Mussolini verurteilte Konferenzen parlamentarischen Gepräges, heißt es da u. a., er wolle nur mit großen Nationen zusammenarbeiten.

"Republikaner", ruft Herriot aus, "begreift ihr nun das Viermächteabkommen? Seht ihr, wohin man euch führt? Erkennt ihr die Rückkehr zur alten Diplomatie, die uns so viele Kriege eintrug? Ich für meinen Teil bin entsezt. Aber auch über den Wert des Viermächteabkommens darf sich niemand Illusionen machen." Die Erklärung des Duce, daß die Demokratie nichts anderes vermag als Reden zu halten, nennt Herriot eine "lekte entscheidende Herausforderung".

Herriot hat ferner für den polnischen "Illustrowany Kurjer Codzienny" einen Artikel über den "Geist von Potsdam" geschrieben, der, wie er sich ausdrückt, schon früher so aufgeklärte Geister wie Voltaire und Diderot getäuscht habe. Er habe zur Schlacht von Rossbach und zur Teilung Polens geführt. Heute habe Deutschland den Viermächtepakt unterzeichnet. Aber welchen Wert habe seine Unterschrift, nachdem sich in Deutschland täglich ein sich steigernder Nationalismus kundtue?

Herriot gehört eben unweigerlich zu den Männern des vorigen Jahrhunderts, die nie begreifen werden, daß ein Verstehen der Völker untereinander auf der Grundlage gegenseitiger Achtung zwischen ehrlichen Nationalisten viel eher möglich sein wird als mit den verlogenen Humanitätsbeteuerungen, die nur dazu da sind, einen ganz engen Egoismus zu verdecken. Auch in der übrigen französischen Presse werden immer schärfere Stimmen gegen den Viermächtepakt laut. Die Blätter geben der Befürchtung Ausdruck, daß Frankreich durch das Viermächteabkommen um die "Früchte von 1918" gebracht werden könnte. Frankreich will nichts hinzulernen!

## Französisches Bekenntnis gegen die Abrüstung.

Diplomaten und Generäle sprechen selten dieselbe Sprache. Das darf man auch nicht erwarten. Dem Soldaten liegt die verschleierte Taktik der Diplomatie nicht, die den indirekten Weg sieht, und ihre positiven Wirkungen häufig dadurch erreicht, daß sie beim Verhandlungsgegner negative Reaktionen auslöst. Trotzdem spielen sich Diplomatie und Generalität gegenseitig in die Hand. Selten, daß einer von beiden dies seine Zusammenspiel verrät, indem er allzu deutlich die letzten Ziele enthüllt. Gewöhnlich ist das dann

ein Soldat, dem die Politik der diplomatischen Umwege zu langweilig geworden ist.

In Frankreich tut das soeben der frühere Chef des französischen Generalstabes, General Debénay, der sich in der Revue des Deux Mondes und in der Revue d'Infanterie herzhaft offen über das Abrüstungsproblem, wie er es vom Standpunkt Frankreichs ansieht, äußert. Die Diplomaten des Quai d'Orsay werden im Grunde nicht anders darüber denken, aber ihre Rolle in Genf ist ihnen durch den General immerhin etwas erschwert.

Bekanntlich verlangt Frankreich als Voraussetzung für seine Zustimmung zur Herabsetzung der Friedenseffektivbestände des Heeres, daß Deutschland seine Reichswehr umbaut und die zwölfjährige Dienstzeit durch eine neunmonatige ersetzt. Deutschland hat, um jeden Vorwand für eine Verzögerung der weiteren Abrüstungsverhandlungen zu beseitigen, grundsätzlich zugestimmt. Wie man in französischen Militärkreisen über das Deutschland zugemutete Experiment denkt, spricht General Debénay ohne jeden Vorbehalt aus. Eine Milizorganisation, wie sie letzten Endes ein Heer mit nur neunmonatiger Dienstzeit sein würde, ist seiner Meinung nach nicht geeignet, die neuzeitliche Bewaffnung auszuüben. Für Frankreich seien jedenfalls ausgebildete, gut geführte und organisierte Reserven das wahre Kriegsinstrument. Das Wort "Heeresstärke" sei heute gleichbedeutend mit "ausgebildeten Reserven". Die Schlussfolgerung: Frankreich muß sein derzeitiges Heeresystem beibehalten. Man könne im Kriege gar nicht genug ausgebildete Soldaten haben.

Und was General Debénay für das Menschenmaterial verlangt, fordert er auch für Waffen, Gerät und Munition. In Genf ist viel mit dem Begriff des "potentiel de guerre", das heißt, der in einem Lande latent vorhandenen industriellen Leistungsfähigkeit für Rüstungszwecke, gearbeitet worden. Debénay macht den Begriff lächerlich. Entscheidend für die ersten Monate jedes Krieges ist für ihn das bereits im Frieden hergestellte und bei Kriegsausbruch in den Arsenalen lagernde Material. Also distanziert er: "Behalten wir unsere Waffenbestände!"

Wenn der General so der französischen Diplomatie zwei beliebte Diskussionsthemen aus der Hand schlägt, wird man gespannt darauf sein dürfen, womit sie beim Wiederzusammentritt der Abrüstungskonferenz die Debatte bestreiten wird. Von dem früher von ihr verfolgten Gedanken einer Sicherung der französischen Integrität durch ein Netz von Völkertrügen hält nämlich Debénay auch nichts. Die Nachfolger der Regierungen, die die Verträge abgeschlossen hätten, so meint er, würden sich nicht immer durch sie gebunden erachten.

Debénay kennt nur ein Ziel der französischen Rüstungspolitik: Aufrechterhaltung der "berechtigten Ungleichheit" Deutschlands. Daß auch durch seine Regierung dem Deutschen Reich die Gleichberechtigung feierlich zuerkannt wurde, ficht den General nicht an. Über es ist ganz gut, daß er den Genfer Nebel einmal mit soldatischer Unbekümmertheit zerrissen hat.

## Das Leben in den deutschen Konzentrationslagern.

Über die Konzentrationslager in Deutschland werden fortgesetzt Berichte über angebliche Misshandlungen und Warterungen der Schuhäftlinge verbreitet. Diese Lügen entgegenzutreten, dient ein uns von unterrichteter Seite zur Verfügung gestellter Aufschluß über den Zweck und das Leben in den deutschen Konzentrationslagern gibt.

In dieser Darstellung wird zunächst betont, daß schärfste Anweisungen an die Leiter der Konzentrationslager gegeben worden sind, darüber zu wachen, daß kein Schuhäftling angestellt wird, d. h., daß hiermit jegliche Misshandlungen ausgeschlossen sind. Ein Konzentrationslager aber ist, so heißt es weiter, eine Straf- und Erziehungsanstalt, in der die Insassen wieder das achten lernen sollen, was sie in den langen Jahren seit 1918 beschimpft, verspottet und in den Schmutz getreten haben. Aus dieser strengen Schule sollen dann Menschen hervorgehen, denen bewußt ist, daß verräterisches Treiben gegen nationale Interessen schwerste Verstümmigung am deutschen Volkstum ist. In den verschiedenen Lagern, die größtenteils früher militärischen Zwecken dienten, sind die Schuhäftlinge in den ehemaligen Offiziersbaracken untergebracht. Ein solches Lager ist von einem hohen Drahtzaun umgeben und wird dauernd von Polizeibeamten bewacht. Ohne einen bestimmten Ausweis darf niemand das Lager verlassen oder betreten.

Das Lagerleben ist durch eine Ordnung streng geregelt. Der Tag ist genau eingeteilt. Einen großen Raum beansprucht der Arbeitsdienst. Arbeit ist im Lager selbst genug vorhanden. Dächer werden ausgefertigt, Wohnbaracken und Ställe in Stand gesetzt, verkratzte Wege in Ordnung gebracht, Bäume gezogen und dergleichen. Schuhäftlinge, die ein Handwerk erlernt haben, werden in bereits eingerichteten Werkstätten beschäftigt. Jeder wird an den Platz gestellt, den er nach seinen Kräften ausfüllen kann. Neben dem Arbeitsdienst werden Sport- und Ordnungsübungen ausgeführt, um die Körper der Inhaftierten zu erüttigen. Am Sonntagsvormittag wird Gottesdienst abgehalten und der Rest des Tages ist zum größten Teil Sportsspielen gewidmet.

Ein geordnetes Lagerleben ist nur durch eiserne Disziplin gewährleistet. Den Anordnungen des Lagerkommandanten muß unbedingt Folge geleistet werden. Für Vergehen gegen die Lagerordnung usw. sind Arreststrafen festgelegt. Läßt sich jemand etwas auszuladen kommen, so genügt sehr oft schon ein Knüppel und Schreibverbote. Körperliche Strafen gibt es nicht, und das muß nochmals betont werden: es darf niemand im Lager angefaßt werden. Die Hauptaufgabe des Lagerkommandanten besteht in der Erziehung der Häftlinge zum Gedanken des neuen nationalen Staates. Zu diesem Zweck hat er aufklärende Vorträge zu halten, auch werden Nachrichten und Artikel aus nationalsozialistischen Zeitungen verlesen, woran sich eine Aussprache über das Vorgebrachte anschließt. Besonderer Wert wird auch auf die Pflege des deutschen Biedes gelegt.

Naturgemäß darf die Erziehungsarbeit nicht durch Einflüsse von außen gestört werden. Infolgedessen wird die gesamte eingehende Post geprüft. Privatsachen sind nicht gestattet. Der Gedanke der Kameradschaft soll dadurch gefördert werden, daß der Inhalt von Lebensmittelpaketen, die sich begütigte Häftlinge schicken lassen können, gerecht unter die anderen verteilt wird. Desgleichen darf nur gerichtet werden, wenn soviel Brot vorhanden ist, daß an jedem Häftling die gleiche Menge verteilt werden kann. Wenn neue Schuhäftlinge in das Lager eingeführt werden, so werden sie nach dem Besuch der Badeanstalt zur Untersuchung dem Arzt vorgeführt. Dieser betreut die Häftlinge, beobachtet und behandelt die Kranken, die, soweit sie bettlägerig sind, in der Lazarettzelle, für die in jedem Lager die beste Baracke ausgesucht wird, untergebracht sind. Auch für die Zubereitung und die Güte des Essens ist der Arzt verantwortlich, der täglich das einfache, aber schmackhafte und reichliche Essen zu kosten hat.

Daß der neue Staat sich gegen diejenigen wendet, die seinen Bestand durch Heß- und Lügengesprächen und sonstige verbrecherische Anschläge zu unterhöheln versuchen oder versuchen, ist selbstverständliche Pflicht gegenüber der Allgemeinheit. Der Aufgabe des neuen Staates aber entspricht es auch, wenn er versucht, seine früheren Gegner in seinem Staatsgedanken zu erziehen und aus ihnen ehrliche Mitbürger im neuen Deutschland zu machen. Führen sich Schuhäftlinge in den Konzentrationslagern längere Zeit einwandfrei, so werden sie wieder in das Privatleben entlassen.

## Briefkasten der Redaktion.

Paragraph 2. Das erwähnte deutsche Reichsgesetz über den Widerruf von Einbürgern (inhaltlich mitgeteilt in der Nr. 172 der "Deutschen Rundschau" vom 30. Juli 1933) kann auf Sie keine Anwendung finden, da Sie ja polnischer Staatsangehöriger sind, von einer Einbürgung in Deutschland bei Ihnen zurück keine Rede ist, und das fragliche Gesetz nur über einen Widerruf von Einbürgern bestimmt trifft. Ihre früheren Reklamationen in Sachen Ihrer Staatsangehörigkeit sind durch den letzten Bescheid vom Januar 1927 endgültig erledigt; damit handelt es sich wohl lediglich um die Feststellung, welche Staatsangehörigkeit Ihnen auf Grund bestehender Verträge zukommt, was natürlich theoretisch einer Entscheidung über einen Antrag auf Einbürgung in Deutschland nicht präjudiziert. Sie sind polnischer Staatsangehöriger geworden, weil Ihr Vater sog. Geburtspol war, d. h. auf jetzt polnischem Gebiet geboren war und von seinem Recht auf Opfern keinen Gebrauch gemacht hatte, und weil Sie gemäß Art. 8 § 2 der Wiener Konvention, da Sie damals noch nicht 18 Jahr alt waren, der Staatsangehörigkeit des Vaters folgten. Ihr Vater konnte für Sie nicht optieren, er hätte nur für sich optieren können, nicht aber für ein Mitglied seiner Familie, denn seine Option hätte sich auf seine Ehefrau (Ihre Mutter) und auf seine Kinder unter 18 Jahren erstreckt. Angenommen, bei Ihnen hätte es sich bei Ihren früheren Bemühungen um einen Widerruf der Ihnen bereits zuerkannten deutschen Staatsangehörigkeit gehandelt, so können Sie sich heute unmöglich darauf berufen, daß der Widerruf vor sechs Jahren ungültig war, da er mit dem jetzt erlassenen Gesetz in Widerspruch steht. Das jetzige Gesetz wirkt erst von der Zeit seiner Inkraftsetzung an, besitzt aber nicht rückwirkende Kraft. Wir betonen hier nochmals, daß das neue Gesetz sich nur auf Eingebürgerte bezieht, Sie aber nicht eingebürgert sind. Wenn Sie den von Ihnen aus der "Deutschen Rundschau" zitierten Satz sorgfältig lesen, so muß jedes Missverständnis schwinden.

und nichts anderes sein wollte. Er hat nicht umsonst das Wort geprägt, daß

"deutsch sein, heißt, eine Sache um ihrer selbst willen tun".

Hier liegt sozusagen das Leitmotiv seines schöpferischen Gestaltens.

Wenn Bayreuth, die reinste Stätte Wagnerschen Wirkens und Wagnerscher Kunstgestaltung, sein deutsches Werk in vollendetster Darstellung über den Ather dem ganzen Volke und weit über Deutschlands Grenzen hinaus der ganzen Kulturwelt entgegenhält in der Demut des Dienstes am Werke, aber auch erfüllt mit dem Stolz der Größe einer niemals abreienden Tradition, die Bayreuth mit dem Meister und seinem Opus verbindet, so ehrt es sich damit selbst und wird in bestem Sinne dem Willen des Meisters gerecht. Viele Jahrzehnte müssen vergehen, bis ein ganzes Volk den Weg zu Richard Wagner zurückfindet. Sein Kampf war mit seinem Tode nicht ausgemampft; seine Nachfahren müssen ihn weiter bestehen und sich durchsetzen gegen Missgunst, Neid, kritische Hoffart und Überheblichkeit. Es ist eine stolze Genugtuung, die heute die Erben Richard Wagners erfüllen kann bei dem Bewußtsein, daß der Meister und sein Werk wohl geborgen sind im Schutze und in der Fürsorge einer Regierung und eines Volkes, dessen Führer im ersten Jahre der deutschen Revolution an der Stätte Wagnerschen Wirkens weilte, um dem größten musikalischen Genius aller Zeiten seine bemühteste Huldigung zu führen zu legen. Möge der Geist dieser Erfurth vor den Großen der Nation dem ganzen deutschen Volks niemals verloren gehen! Möge Deutschland nicht nur in Werken der Arbeit, sondern auch in Werken des Geistes und des künstlerischen Schaffens auch weiterhin und immerdar der Welt zeigen, daß es einen ehrenvollen Platz im Kreise der Nationen verdient! Das wird ihm um so leichter gelingen, je mehr es sich auf seine eigene Kraft besinnt und in ihr die eigenlichen Wurzeln seiner Gefundheit und seines unbesiegbarer Lebenswillens erkennt.

## Die Revolution des Geistes.

Dr. Göbbels über

"Richard Wagner und das Kunstmüden unserer Zeit".

Während der Weltwendung der "Meistersinger" aus Bayreuth hat, wie wir bereits kurz berichteten, Reichsminister Dr. Göbbels in der ersten Pause eine Rede über das Thema "Richard Wagner und das Kunstmüden unserer Zeit" gehalten, wobei er u. a. sagte:

"Es gibt wohl kein Werk in der gesamten Musikliteratur des deutschen Volkes, das unserer Zeit und ihren seelischen und geistigen Spannungen so nahestände, wie Richard Wagner's "Meistersinger".

Die deutsche Revolution, die auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens umwälzende Ergebnisse gezeigt hat, konnte natürlich in ihrem Verlauf auch nicht an dem geistig-kulturellen Bestand der deutschen Nation teilnahmslos vorbeigehen. Sie ist eben eine Revolution im besten Sinne des Wortes, und zwar insofern, als sie nicht nur die Menschen ändert, sondern auch ihr Verhältnis zu den Dingen und Gegebenheiten und den Blickwinkel, unter dem sich für sie das gesamte Dasein in all seinen Ertiegelungen und Schattierungen abzuspielen pflegt. Diese Revolution auf den einfachsten Nenner zurückzuführen, das heißt nichts anderes, als den schrankenlosen bis zum Erzetz geistigerten Individualismus des vergangenen Jahrhunderts zu ersehen durch ein vollständig gebundenes Denken und Empfinden, das nicht den einzelnen Menschen als Zentrum aller Dinge und Geschehnisse sieht, sondern das Volk in seiner Gesamtheit mit seinen stolzen und herrischen Forderungen an die Allgewalt des Lebens.

Die deutsche Revolution führt eine irregeleitete politische und geistige Entwicklung wieder zurück auf das Volkstum

an sich, und gibt ihr damit wieder einen festen und unerschütterlichen

terlichen Mutterboden, aus dem heraus sie, stark verwurzelt in seinen Schollen, wieder neue Blüten unseres kulturellen und geistigen Schöpfungsdranges treiben kann. Es ist eine völkische Revolution im besten Sinne des Wortes, eine Revolution, die auf das Volk selbst wieder zurückgreift und von ihm aus nun den Ausgang aller Dinge nimmt.

Das bedeutet in sich auch eine umwälzende Erneuerung unseres gesamten künstlerisch-kulturellen Lebens. Es kann heute nicht mehr bezweifelt werden, daß die geistige Entwicklung, die mit dem November 1918 für jedermanns Augen sichtbar in Deutschland eingesezt hat, im Innersten ungesund und frank war und deshalb zwangsläufig die morbiden Ergebnisse hervorbringen mußte, die sie in der Tat hervorgebracht hat.

Eine Kunst, die nicht mehr vom Volle ausgeht, findet am Ende auch nicht mehr den Weg zum Volle zurück.

Jede große Kunst ist volksgebunden. Verliert sie die Beziehung zum Volle, dann ist der Weg an einem blut- und artlosen Artistentum zwangsläufig vorgeschrieben und sie endet dann bei jenem l'art pour l'art-Standpunkt, der zwar das Volk als Konsumt der Kunst hinnehmen möchte, ohne dabei das Volkstum als Mitproduzent der Kunst anerkennen zu wollen.

Dass Wagners Kunst so erschütternde Dokumente schöpferischen Wirkens zeitigten konnte, ist in der Haupfsache darauf zurückzuführen, daß dieses künstlerische Genie, zu welcher Höhe der Schaffensfreudigkeit es auch immer steigen möchte, trotzdem niemals seine tiefen Wurzeln im Erdreich des Volkstums verlor. Richard Wagner schafft in der Tat aus dem Volle für das Volk: keines seiner Werke ist für diese oder jene Schicht geschrieben. Alle wenden sich an das Volk, alle suchen das Volk und alle finden im Letzten auch das Volk wieder.

Wenn Richard Wagners Musik die ganze Welt eroberete, dann deshalb, weil sie bewußt und vorbehaltlos deutsch war

# Wirtschaftliche Rundschau.

## Schwäche am polnischen Getreidemarkt.

Die relativ günstige Haltung des polnischen Getreidemarktes in der Zeit der Ernte ist in den letzten Tagen in eine Preischwäche übergegangen, die sich vornehmlich auf Roggen und Weizen erstreckt. Man hatte zunächst angenommen, daß bei den bekannten Maßnahmen der Regierung die 17-Zloty-Grenze für Roggen nicht unterboten werden wird. Nach den zahlreichen Konferenzen, die vor der Getreideernte stattgefunden haben, die sich mit der Preisfrage am einheimischen Getreidemarkt beschäftigen und alle darauf hinzuwiesen, einer möglichst stabile Preisgestaltung zu erreichen, hatte man mit recht angenommen, daß der staatliche Einfluß stark genug sein wird, um in diesem Jahre einer Preis-Deroute vorzubeugen. Die Notierungen aller Getreidebörsen Polens weisen in den letzten Tagen eine auffallende Schwäche vornehmlich für Roggen auf. So notiert Warschau jetzt einen Roggendorfpreis von 15,50, Posen von 15,75. Die letzte Notierung der Bromberger Börse lautet mit 16,00, für manche Transaktionen jedoch mit 15,35.

Die Preischwäche ist in erster Linie auf die Haltung der staatlichen Getreide-Industriewerke zurückzuführen, die vor wenigen Tagen ihren Interventionspreis auf 16 Zloty herabgesetzt haben. Der Getreidegroßhandel Polens wurde dadurch überrascht, da man allgemein die Auffassung vertrat, daß die Getreide-Industriewerke ihren Interventionspreis auf 17 Zloty belassen werden, um dadurch die Preise für neues Getreide nicht allzu großen Schwankungen auszusetzen. Die Preischwäche mußte um so akuter werden, als zu gleicher Zeit an allen Getreideplätzen Polens ein starkes Angebot von Neugetreide zu verzeichnen war. Von besonderer Seite wird darauf hingewiesen, daß ein Preisrückgang auch ohne das starke Angebot erwartet werden mußte, da Polen in der neuen Getreidekampagne größere Getreidemengen zu exportieren gezwungen sein wird. Polen wird sich demnach nach den Weltgetreidepreisen richten müssen. Nur dann, wenn die Ausfuhrprämien und Zollpolitik eine dementsprechende Wandlung erfahren würden, wäre eine stärkere Fixierung der einheimischen Preislage von den Preisen des Weltmarktes zu erwarten. Dies ist jedoch kaum zu erwarten.

Eine Preischwäche am einheimischen Getreidemarkt schafft aber neue Schwierigkeiten für die Landwirtschaft. Die finanzielle Lage des größten Teiles der landwirtschaftlichen Betriebe hat sich trotz mancher Steuernabschläge keineswegs gewandelt. Die Preisfrage am Getreidemarkt unmittelbar nach der Ernte ist von grundlegender Bedeutung. Die Voraussetzungen, die jetzt am Getreidemarkt vorliegen, lassen es nicht als möglich erscheinen, daß für die nächste Zeit eine günstigere Tendenz zu erwarten ist.

## Die Notierungen der Bromberger Getreidebörse.

Seit dem 1. August besteht Bromberg eine Getreide- und Warenbörse, deren Notierungen (Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag) regelmäßig im Handelsteil unseres Blattes veröffentlicht werden. Bromberg, der Mittelpunkt eines besonders wichtigen Getreidegebietes Polens, hat auf eine eigene Getreidebörse lange warten müssen. Die Börse war eine wirtschaftliche Notwendigkeit, da die kaufmännischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen des Getreidehandels im Nebengebiet andere sind, als in Warschau und zuweilen auch in Posen.

Mit dem Beginn der Notierungen ergaben sich jedoch ungewöhnliche Schwierigkeiten für die gesamte in Bromberg erscheinende Presse. Die amtlichen Notierungen der Getreidebörse liegen nach den bisher gelgenden Börsenstunden erst um 1,15 Uhr mittags vor, die gesamte Bromberger Presse muß jedoch mit Rücksicht auf die ungünstigen Zugverbindungen kurz nach 12 Uhr erscheinen. Daraus ergibt sich die Tatsache, daß die Bromberger Getreidebörse zur Verbreitung der amtlichen Notierungen am gleichen Tage keinen Gebrauch von der einheimischen Presse machen kann. Die Notierungen können also erst am anderen Tage erscheinen.

Es ist uns jedoch durch eine technische Umstellung gelungen, in dem größten Teil unserer Provinzausgabe die Notierungen der Bromberger Börse noch am gleichen Tage zu veröffentlichen. Ein großer Teil unserer Leser auf dem Lande erhält die Notierungen demnach am gleichen Tage.

Es sind ferner bei den zuständigen Stellen Schritte unternommen worden, um eine Verbilligung der Interessen der einheimischen Presse und ihrer Leserschaft zu erreichen. Sofern eine Vorverlegung der Börsenzeitung ermöglicht werden kann, ist in nächster Zeit mit einer Veröffentlichung der Notierungen am gleichen Tage zu rechnen.

## Danziger Holzmarkt.

Die Danziger Exporteure sind in letzter Zeit mit Blankverkaufen vorsichtig geworden, so daß der Handel wieder normale Formen annimmt. Die Holzfirme verkaufen nur kleinere Partien, wie sie umgekehrt auch nur in kleineren Mengen neues Material kaufen. Die Marktrendenz für gefärbtes Kiefernmaterial hat sich abgeschwächt. Die Danziger Händler wollen nicht mehr als 44 Zloty je Festmeter franco Wagon Danzig zahlen. Ebenso drücken die Danziger Händler auch auf die Preise für Tanne US, für welche sie im Augenblick nicht mehr als 42 Zloty zahlen wollen, während die Produzenten 43 Zloty verlangen.

Für Hartholz ist die Tendenz etwas fester. Die Nachfrage nach Bindholz, nach Eichenschwellen belgischer Dimensionen und nach Kastholz ist weiterhin stark, obwohl von größeren Transaktionen nichts zu spüren ist. Nach umlaufenden Gerüchten soll eine Gruppe polnischer Holzfirme noch im Bormontal einen bedeutenden Abschluß mit amerikanischen Abnehmern unter Ausschaltung Danzigs getätigt haben. Da die Kontrakte in Dollar abgeschlossen wurden, haben die Dollarurschwankungen der letzten Zeit die Lage der Verkäufer in hohem Maße verschlechtert.

Die Marktlage für Rundholz und Blockware ist weiterhin ruhig. Geringere Partien von Blockware wurden in der letzten Zeit zu den früheren Preisen abgesetzt. Man glaubt aber, diese Preise infolge des rückgängigen Interesses nicht mehr lange halten zu können. Hierzu tragen Gerüchte bei, daß das Ausland auch im nächsten Jahre sich für besäumtes Material stärker interessieren wird, als für Blockware.

In Danzig lagerten Rundholz von immerhin mehreren tausend Festmetern bis jetzt keinen Käufer finden können, weil die Preise um 5 Zloty über denjenigen liegen, welche die ausländischen Interessenten zu zahlen in der Lage wären. Die Tendenz für Sleeper ist fest. Fast jede offerierte Partie findet schnelle Abnehmer. Nachfrage besteht weiterhin auch für Sleeper zur Lieferung in den nächsten Monaten. EWD.

**Polnisches Holz am englischen Markt.** Die Preise für sogenanntes "Danziger Holz" haben sich im Vergleich zur Vorwoche etwas abgeschwächt. Ursache hierfür soll nach einem Bericht des "Drzemo" der Umstand sein, daß in mehreren Fällen bei Danziger Holzlieferungen ziemlich stark angeklaute Ware festgestellt worden ist. Dies soll in der laufenden Saison bis jetzt sehr selten vorgekommen sein, ist aber jedenfalls ein Beweis dafür, daß das über Danzig nach England exportierte Holz nicht ausreichend getrocknet war. Dies hat zu einer Verärgerung der englischen Importeure Anlaß gegeben, die sich nicht nur begnügten, diese Mängel zu beanstanden, sondern die nunmehr auch wegen der Nichteinhaltung der Lieferungstermine in den letzten Wochen Vorstellungen erhoben haben.

**Bom polnischen Holzwirtschaftsrat.** Der polnische Industrie- und Handelsminister hat den Verband der polnischen Industrie- und Handelskammern aufgefordert, zwei Mitglieder des Verbandes in den in Organisation befindlichen Holzwirtschaftsrat zu delegieren. Diese Institution soll bekanntlich die Vertretung der gesamten polnischen Holzwirtschaft (Holzproduktion, Holzindustrie und Holzhandel) werden. In den Holzwirtschaftsrat werden nach dem endgültigen Projekt 5 Vertreter der Waldbesitzerverbände und des Generalrates der polnischen Holzverbände eintreten. Je zwei Vertreter entsenden der Verband der polnischen Industrie- und Handelskammern und die polnischen Landwirtschaftsorganisationen und 7 Mitglieder die Generaldirektion der polnischen Staatsforsten. Zum Vertreter des Verbandes der polnischen Industrie- und Handelskammer bestellt werden, ferner ein Sachverständiger für Fragen der Holzpolitik aus Warschau.

# Ist der Aufschwung in Amerika echt?

Die "Richtlinien" für die Industrie. — "Schwarze Tage" als Warnungszeichen.

Von Hermann Petersen.

Die einschneidenden Maßnahmen, durch die kürzlich Präsident Roosevelt mit seinen "Richtlinien" (codes of conduct) für die Industrie in das Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten eingegriffen hat und die vor nicht langer Zeit für das "freiheitlichste" Land der Welt einfach undenkbar gewesen wären, zeigen besser als alles andere den Ernst der Lage. Besonders bemerkenswert ist dabei, daß diese Richtlinien zu einer Zeit erlassen wurden, als man vielfach schon einen entscheidenden Aufschwung glaubte feststellen zu können und die endgültige Überwindung der langwierigen Krise endlich gekommen sah.

In der Tat sprach ja manches für eine derart optimistische Auffassung. Besonders die Angaben des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes, wonach von 14 Millionen Arbeitslosen Ende März in den drei Monaten April bis Juni 1,7 Millionen wieder in den Arbeitsprozeß eingearbeitet werden konnten. Gleichzeitig war in der verarbeitenden Industrie ein Anziehen der Durchschnittslöhne im Mai um acht v. H. gegenüber dem Bormontal zu verzeichnen und eine Belebung der Erzeugung auf nahezu allen Gebieten unverkennbar. Und das nicht nur in einzelnen Teilen des Landes, sondern fast im ganzen Staatsgebiet. Die Fabriken der Neu-England-Staaten, die Kohlen- und Eisenindustrie Pennsylvania's und Ohio's wie endlich die landwirtschaftlichen Betriebe des Südens und Westens zeigten gleichermassen eine seit langem nicht gezeigte erfreuliche Belebung. Der Auftragseingang und dementsprechend die Beschäftigung bei den Stahlwerken wiesen lebhafte und rasch steigende Zahlen auf; das gleiche gilt von der Kraftwagenindustrie.

Die amerikanische Presse stimmte im allgemeinen in diese Befriedigung ein. Die Schwarzeber, die in den letzten Jahren den Ton angegeben hatten, müssen heute in den Hintergrund treten. In einem Volke, das sich zum gemeinsamen Aufbau der zusammengebrochenen Wirtschaft entschlossen hat, gibt es eben für Miesmacher keinen Platz mehr. Wenn, wie Roosevelt es will, unter Verkürzung der Arbeitszeit die Löhne erhöht werden und damit die Kaufkraft der breiten Massen steigt, so können die Aussichten nicht anders als rosig sein.

Diesen ungeachtet fehlt es aber auch nicht an Stimmen, die zur Vorsicht mahnen und die ein endgültiges Ende der Krise nicht als unabdingt gesichert betrachten. Die beiden "Jahrgänge" der "Tag" für täglich in Wallstreet mit ihrem ebenso unerwarteten wie katastrophalen Rückfall geben jedenfalls zu denken. Es sind in den Vereinigten Staaten zu viele mit einander im Gegenseitig stehende Kräfte am Werke, als daß sich auch nur einigermaßen übersehen ließe, wie weit der Aufschwung der letzten Monate in einer wirklichen Verbesserung des Geschäftslebens begründet ist oder wie weit er durch die Maßnahmen der Regierung künstlich herbeigeführt wurde. So bleibt es doch beispielsweise sehr fraglich, ob die von Roosevelt durchgeführte Entwertung des Dollars sich auf die Dauer für die Vereinigten Staaten segensreich auswirken wird. Und so erfreulich der gewiß nicht unerhebliche Rückgang der Arbeitslosigkeit sein mag, die Zahl der auf öffentliche Unterstützung und private Wohlthatigkeit Angewiesenen ist mit rund 12 Millionen immer noch erschreckend hoch. Sie alle wieder in Lohn und Brot zu bringen, muß selbst bei Anspannung aller Kräfte eine nicht unbedeutliche Zeit erfordern.

Ein übertriebener — wie sich vielleicht herausstellen wird — unberechtigter Optimismus kann übrigens Gefahren im Gefolge haben, die man nicht übersehen darf. Die Aufgabe der Goldwährung und die damit verbundene Preissteigerung haben die Lebenshaltungskosten für die breiten Massen teilweise recht empfindlich erhöht. Und schon hört man, daß gewissenlos Elemente aus diesem Stand der Dinge ihren Vorteil zu ziehen suchen. Allerdings hat die Regierung bereits in sehr energischem Tone erklärt, daß sie unlautere Machenschaften keineswegs zu dulden gesetzt ist. Zum Schutz der Verbraucher wurde ein Kommissar für die Preisregelung zunächst der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ein-

gesetzt, der bereits in einer durch den Rundfunk über das ganze Gebiet der Vereinigten Staaten verbreiteten Rede seine warnende Stimme erhoben hat. Ungefähr fertigte Preistreiber an, zumal bei den wichtigsten Verbrauchsgütern, müßten sich ja nicht allein für das Millionenheer der Arbeitslosen katastrophal auswirken, sondern auch für den großen Teil der Beschäftigten, der vielfach höchst unzureichende Löhne erhält. Für sie alle bedeutet ein allzu starkes Anziehen der Preise für Waren, auf deren Bezug man nur einmal angewiesen ist, Hunger, Kälte und sonstige Leiden.

Durch eine weitgehende Kontrolle, wie sie durch Roosevelt's jüngste Maßnahmen nunmehr eingeführt ist, hofft die Regierung, dergleichen unsoziale Machenschaften unterdrücken zu können. Daß die Industrie die ihr aufgezwungene Verkürzung der Arbeitszeit unter gleichzeitiger Erhöhung der Löhne zunächst nicht gerade begeistert begrüßt, kann niemand verwundern. Die zahlreichen Zusammensetzungserklärungen, die lebhaft von allen Seiten gemeldet werden, lassen indessen den Eindruck entstehen, daß die Überzeugung von der Notwendigkeit, den Eigennutz hinter dem Wohl der Gesellschaft zurücktreten zu lassen, selbst in den Vereinigten Staaten, in denen bisher ein völlig anderer Geist geherrscht hatte, immer mehr sich durchsetzt.

## Die Entwicklung der polnischen Diktenausfuhr.

Die Ausfuhr von polnischen Dikteln nach überseeischen Ländern umfaßt gegenwärtig etwa 10 Prozent des polnischen Gesamtexports in dieser Ware. Die übrigen 90 Prozent werden auf den europäischen Märkten abgesetzt. Dagegen ist die Hilfe, die der polnischen Dikttenindustrie durch die Einbeziehung der Diktenausfuhr in den Compensationsverkehr mit den überseeischen Ländern seit März '32 zugesetzt war, kaum merklich in Erscheinung getreten.

Die polnische Dikttenindustrie ist bekanntlich hauptsächlich auf Export eingestellt. Von den rund 340 000 Doppelzentner Dikteln, die im Jahre 1931 produziert wurden, sind fast 255 000 Doppelzentner und von der Produktion des Jahres 1932 von 328 000 Doppelzentner sind 246 000 Doppelzentner exportiert worden.

Der polnische Dikttenexport verteilt sich auf folgende Länder (in 1000 Doppelzentner):

	1930	1931	1932
England	79	50	44
Holland, Belgien und Frankreich	79	64	64
Österreich, Tschechoslowakei und Schweiz	38	49	38
Griechenland, Jugoslawien und Italien	20	32	10
andere europäische Länder	43	36	66
außereuropäische Länder	32	24	25
	292	255	246

Aus der Tabelle geht hervor, daß die Aufnahmefähigkeit der einzelnen Absatzmärkte von Jahr zu Jahr ständigen Schwankungen unterliegt. Das Angebot von russischen Dikteln auf verschiedenen Märkten zu Dumpingpreisen drängte die polnischen Dikttenfabriken zu daher gezwungen, unter großen Schwierigkeiten neue Märkte zu suchen. Zwar konnte der Umsatz des Exports bisher einigermaßen erhalten werden, dagegen sind die Exportpreise ganz enorm gesunken.

Als Beispiel für den Preisrückgang wird von der polnischen Fachzeitschrift "Drzemo" angeführt, daß der Ausfuhrpreis lokaler Fabrik im Jahre 1932 durchschnittlich noch 217 Zloty ausmachte, während er im laufenden Jahre kaum noch 143 Zloty beträgt. Nachdem in der letzten Zeit auch Argentinien seine Bestellungen stark reduziert hat, teils infolge des finnischen Wettbewerbs und teils infolge des russischen Dumpings, fordert die polnische Dikttenindustrie eine Erweiterung des Compensationsverkehrs auch auf die europäischen Länder.

## Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im "Monitor Polki" für den 11. August auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinsatz der Bank Polki beträgt 6% der Lombard-satz 7%.

**Der Zloty am 10. August.** Danzig: Überweisung 57,52 bis 57,64, bar 57,54–57,66, Berlin: Überweisung 46,70–47,10, Wien: Überweisung 78,95, Prag: Überweisung 381,00, Zürich: Überweisung 57,75, London: Überweisung 29,62.

**Warschauer Börse vom 10. August.** Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien 124,80, 125,11 — 124,49, Belgrad —, Budapest —, Bulgarien —, Danzig 173,75, 174,18 — 173,32, Helsingfors —, Spanien —, Holland 360,95, 361,85 — 360,05, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London —, 29,78 — 29,48, New York —, 6,62 — 6,54, Oslo —, Paris 35,01, 35,10 — 34,92, Prag 26,51, 26,57 — 26,45, Sofia —, Stockholm —, Schweiz 172,95, 173,38 — 172,52, Tallinn —, Wien —, Italien 47,00, 47,23 — 46,77.

\* London Umsätze 29,62—29,63.

\*\*) New York Umsätze 6,59—6,58.

**Freihandelskurs der Reichsmark 213,25.**

Berlin, 10. August, Amtl. Devisenkurse. New York 3,097—3,103, London 13,90—13,94, Holland 169,68—170,02, Norwegen 69,98 bis 70,12, Schweden —, Belgien 58,59—58,71, Italien 22,08 bis 22,12, Frankreich 16,445—16,485, Schweiz 81,23—81,33, Prag 12,42 bis 12,44, Wien 47,45—47,55, Danzig 81,67—81,83, Warschau 46,90—47,10.

**Die Bank Polki** zahlt heute für: 1 Dollar gr. Scheine 6,50 Zl., do. fl. Scheine —, 31. 1 Pfnd. Sterling 29,40 Zl., 100 Schweizer Franken 172,27 Zl., 100 franz. Franken 34,87 Zl., 100 deutsche Mark 209,00 Zl., 100 Danziger Gulden 173,07 Zl., 100 schwed. Kronen —, 1 österr. Schilling —, 31. holländischer Gulden 359,55 Zl.

**Die Bank Polki** zahlt heute für: 1 Dollar gr. Scheine 6,50 Zl., do. fl. Scheine —, 31. 1 Pfnd. Sterling 29,40 Zl., 100 Schweizer Franken 172,27 Zl., 100 franz. Franken 34,87 Zl., 100 deutsche Mark 209,00 Zl., 100 Danziger Gulden 173,07 Zl., 100 schwed. Kronen —, 1 österr. Schilling —, 31. holländischer Gulden 359,55 Zl.

**Transaktionspreise:**

Roggen 30 to . . . . . 16,00

30 to . . . . . 15,35

Weizen 30 to . . . . . 19,50—20,50

**Richtpreise:**

Roggen . . . . . 35,00—37,00

Weizen . . . . . 35,00—37,00